Nr. 264 • Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Montag, den 10. November 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4606. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 205 19. Erfurt

Die Sozialdemokratie marschiert!

Bei der Landtagswahl in Anhalt errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Wahlsieg. — Die schwarzweißrote Ausbeutergemeinschaft zu Boden geschmettert. - Vollkommener Zusammenbruch der Kommunisten.

Die Probewahl in Anhalt.

Abwendung von den Putschparteien und Deutschnationalen.

Dessau, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Im Freistaat Anhalt fand am gestrigen Sonntag die Neuwahl des Landtages statt. Das bereits um 11 Uhr abends festgestellte Gesamtergebnis ist folgendes:

Sozialdemokraten: 78 149 (gegen 64 935 Stimmen bei der Wahl im Juni d. J.); 15 (bisher 13) Abgeordnete.

Demokraten: 13 991 (6187) bzw. 3 (1).

Kommunisten: 11 217 (16 709) bzw. 2 (4).

Zentrum: 2406 (2009) bzw. 0 (0).

Nationalsozialistische Freiheitspartei: 7942 (7989) bzw. 1 (2).

Mieterschutz und Bodenreformer: 3207 (3005) bzw. 1 (1).

Bürgerliche Volksgemeinschaft Stadt und Land: 74 482 (74 514) bzw. 14 (15).

Teilergebnisse aus dem Lande.

In Stadt Dessau erhielten: Sozialdemokraten 18 197 (gegen 14 280) Stimmen, Demokraten 3862 (1693), Kommunisten 1399 (2395), Zentrum 457 (446), Nationalsozialistische Freiheitspartei 1174 (1260), Mieterschutz und Bodenreformer 642 (476), Volksgemeinschaft 16 897 (17 786).

Cöthen. Sozialdemokraten 6186 (5057), Demokraten 1364 (678), Kommunisten 145 (250), Zentrum 388 (286), Freiheitspartei 710 (688), Mieterschutz und Bodenreformer 429 (310), Volksgemeinschaft 6257 (5424).

Ballenstedt-Stadt. Sozialdemokraten 569 (506), Demokraten 138 (113), Kommunisten 175 (295), Zentrum 21 (27), Freiheitspartei 813 (895), Bodenreformer 217 (118), Volksgemeinschaft 2061 (1763).

*

Wie die Wahlen in Hamburg und Mecklenburg (siehe unten!), haben auch die Wahlen in Anhalt wieder gezeigt, daß die Vernunft wenn auch langsam, so doch aber um so sicherer wieder zum Durchbruch kommt. Völkische, Deutschnationale und Kommunisten verlieren und die totgesagte Sozialdemokratie gewinnt! Das ist auch hier wieder das Kennzeichen. Der „sterbende Leichnam", wie die Gegner von rechts und links die Sozialdemokratie im letzten Reichstagswahlkampfe mit Vorliebe nannten, ist kräftiger denn je! Die Wähler beginnen, sich von dem national-bolschewistischen Phrasenrausch frei zu machen. In Anhalt ist gestern die Probe auf den 7. Dezember gemacht worden. Die Rechts- und Linksbolschewisten können sich ungefähr einen Begriff davon machen, welches Schicksal ihnen am 7. Dezember blüht. — Aus Dessau wird uns zu dem glänzenden Wahlsiege gedrahtet:

Auch diese Schlacht ist geschlagen! In Hamburg: Sieg! Und hier? Gewinn auf der ganzen Linie, Sieg für die Sozialdemokratie im einzelnen und für Schwarzrotgold im besonderen. Der Kampf war schwer! Trotzdem: wie bisher marschiert die Sozialdemokratie an der Spitze mit 78 166 Stimmen gegen 64 943 am 22. Juni, dem Tage der letzten Landtagswahlen in Anhalt. Mehr als 13 000 Stimmen bucht sie als Zunahme, davon allein in der Stadt Dessau über 4000. Bitte, so sieht der „Untergang des Marxismus, das Ende der Sozialdemokratie" aus! Was hat man nicht alles getan, um diese Prophezeiung zu verwirklichen. Für die Steuern fehlte das Geld, aber für den Kampf gegen die Sozialdemokratie reichte es immer noch. Endlos waren die Versprechungen und Versicherungen, aber selbst die größten Kreditversprechungen im letzten Augenblick haben nicht geholfen. Die Sozialdemokratie marschiert. Geschlagen ist die schwarzweißrote Gemeinschaft der Ausbeuter, die auch in Anhalt den Versuch machte, sich trotz ihrer Pleite im Reiche zu behaupten.

Im gleichen Maße wie die Sozialdemokratie hat sich auch die Demokratie erfolgreich geschlagen. Bisher 6188 Stimmen und einen Sitz, ging sie mit 13 970 Stimmen und drei Sitzen aus dem Rennen hervor. Eine bessere Willenskundgebung gegen den Bürgerblock und für die von den Demokraten während der letzten Regierungsverhandlungen vertretene Politik durch die demokratische Wählerschaft kann es kaum geben. In Anhalt wurde den Schiffer und Genossen die erste, aber derbe Quittung erteilt. Gleichzeitig haben die Anhaltiner Wahlen gezeigt, daß der Kostenaufwand des Herrn Stresemann für die liberale Vereinigung die neueste Hoffnung der Deutschen Volkspartei nicht lohnen wird. Trotzdem möchten wir bezweifeln, daß wenigstens Herr Geßler die notwendige Lehre zieht.

Die eigentliche Rechnung bezahlen die Kommunisten. Am 4. Mai, dem Tage der Reichstagswahlen, mit 22 700 Stimmen auf hohen Rossen, sank ihre Wählerschaft bis zum 22. Juni, also sechs Wochen später, auf 16 714 um rund 6000 Stimmen. Kaum ein Vierteljahr später hat sich ihr Anhang erneut um fast 6000 Stimmen vermindert. So dürfen die Kommunisten sich also mit der Traueranzeige beehren, **vom Mai bis November 1924, in einem halben Jahre, nicht weniger als 12 000 Wähler oder mehr als 50 Prozent ihrer Anhänger verloren zu haben.**

Die Deutschnationalen haben mit ihrer Abstimmung am 29. August für die Dawes-Gesetze die größte Lumperei im parlamentarischen Leben der Welt begangen. Die Kommunisten dürfen sich rühmen, die stärkste Schlappe erlitten zu haben, die je eine parlamentarische Partei in einem Zeitraum von sechs Monaten erleben konnte. Das trifft zunächst für Hamburg und den Freistaat Anhalt zu.

Nun ein Wort zur schwarzweißroten Gemeinschaft der Volksausbeuter. Sie hat zahlenmäßig ihren Bestand bei den letzten Wahlen, abgesehen von wenigen Stimmen, behalten. Das dürfte vorläufig der Triumph der Rechtspresse sein. Wie sie versucht hat, das Ergebnis der letzten Hamburger Wahlen statt mit dem Wahlsausgang vom 4. Mai mit dem vom Jahre 1921 zu vergleichen, so wird sie jetzt ihre Schwäche dadurch zu verdecken suchen, daß sie sich auf die zahlenmäßige Aufrechterhaltung ihres Besitzstandes beruft. Nichts ist einfacher aufzudecken als dieser Schwindel. Zunächst ging der Kampf in Anhalt nicht um die Aufrechterhaltung des bisherigen Besitzstandes. Dafür brauchte man keine Neuwahlen. Sie wurden vielmehr beschlossen, um eine klare Mehrheit im Parlament zu schaffen. In dem Kampfe lautete die Parole: **„Die Volksgemeinschaft oder schwarzweißroter Bürgerblock — hie Schwarzrotgold!"** In diesem Gefecht ist Schwarzweißrot genau wie in Hamburg unterlegen. Uebrigens gesteht das die Ausbeutergemeinschaft, soweit sie unter sich ist, auch ein. Schade, daß wir am Sonntagabend nicht im Besitz eines Photographenapparates waren und die Gesichter unserer Volksgemeinschaftler aufnehmen konnten. Als das vorläufige Endergebnis bekannt wurde, standen sie da wie begossene Pudel. Wer von ihnen hätte auch gedacht, daß ihre endlosen Ausgaben tatsächlich vergebens sein würden. Ja, der Geist von Potsdam beginnt zu riechen wie jene Stinkbomben, die unsere Hakenkreuzler als Beweis ihrer Gesinnung auf dem Reichsbannerfeste in Potsdam vor vierzehn Tagen steigen ließen.

Vor der Wahl besaßen die Ausbeuter dank ihrer unverantwortlichen Agitation gegen die Erfüllungspolitik in Gemeinschaft mit den Kommunisten eine Mehrheit. Der Deutschnationale Knorr wurde über Nacht zum Ministerpräsidenten. Heute stehen der Volksgemeinschaft mit 14 Stimmen und einem Völkischen 15 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und ein Bodenreformer gegenüber, das heißt praktisch 15 Rechte gegen 19 Linke. Also selbst wenn man die Kommunisten ohne Vorbehalt zur Reaktion rechnen würde, hätte die Linke immer noch eine Mehrheit von zwei Sitzen. So ist Herr Knorr erledigt; er muß seinen Sitz räumen für den Sozialdemokraten Deist. Das ist der größte Kummer der schwarzweißroten Ausbeutergemeinschaft! Dieser Kummer ist unverstellt und er ist unsere Freude. So hatten unsere Dessauer Parteifreunde recht, als sie am Sonntagabend in ihrem „Tivoli" diesen Sieg feierten.

Sozialdemokratischer Sieg in Mecklenburg.

Schwerste Verluste der Kommunisten und Völkischen bei den Stadtverordnetenwahlen.

Die am vergangenen Sonntag in Mecklenburg-Strelitz vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen haben **der Sozialdemokratie einen bedeutenden Stimmenzuwachs und Mandatsgewinn** gebracht. In Neustrelitz, wo die Rechts- und Linksbolschewisten durch ihre verlogene Hetze zu einer unverdienten Machtstellung gekommen waren, konnten die Kommunisten von ihren bei der letzten Wahl erhaltenen rund 1000 Stimmen nur 200 behaupten. Die Stimmen der Völkischen sind von 1400 auf 440 zurückgegangen. Die Deutschnationalen, die sich mit den Stresemännern als „Vereinigte Rechtspartei" verbrüdert hatten, erhielten nur noch 1150 von 2500 im Mai erhaltenen Stimmen.

In Neubrandenburg hat die Sozialdemokratie mit 1430 Stimmen einen Zuwachs von 225 Stimmen gegen die Reichstagswahl zu verzeichnen. Die Kommunisten mußten sich mit 560 Stimmen bescheiden, ihr Verlust beträgt etwa 400 Stimmen. Die Völkischen büßten von 1654 Stimmen, die sie bei der letzten Wahl erhielten, rund 900 Stimmen ein. Der sogenannte „Ordnungsblock" (DNP.) erlitt einen Verlust von 1255 Stimmen.

Wie in Neubrandenburg und Neustrelitz hat die Sozialdemokratie auch in den übrigen Gemeinden beachtenswerte Erfolge erzielt. Unsere Partei marschiert! Vorwärts zu neuen Siegen am 7. Dezember!

Die Steuerermäßigungen.

Umsatz- und Einkommensteuer herabgesetzt.

Am Sonnabend nahm der Reichsfinanzminister Dr. Luther vor der Presse Gelegenheit, den Inhalt der kommenden Notverordnung zu kommentieren. Danach wird die Umsatzsteuer von 2 auf 1½ Prozent und die Luxussteuer von 15 auf 10 Prozent ermäßigt werden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Umsatzsteuer in kürzester Zeit weiter herunterzusetzen. Bei der veranlagten Einkommensteuer bleibt der Satz von 20 Prozent, der von einem Einkommen über 8000 Mk. erhoben wird, bestehen. Dagegen wird **die steuerfreie Grenze beim Lohnabzug auf 720 Mk. erhöht und ein Steuerfoll von 80 Pf. pro Monat nicht eingezogen.** Durch diese Maßnahme erhöht sich das steuerfreie Einkommen für einen Junggesellen jährlich auf 875 Mk., für den Verheirateten auf 889 Mk., für den Verheirateten mit einem Kind auf 906 Mk., mit zwei Kindern auf 929 Mk. usw. Ein Verheirateter mit acht Kindern genießt ein steuerfreies Einkommen bis 2000 Mk. Für die Einkommensteuer-Vorauszahlung ist eine Senkung von 25 Prozent vorgesehen. Diese Milderung tritt bereits **am 1. Dezember in Kraft, während die Herabsetzung der Umsatzsteuer aus technischen Gründen erst vom 1. Januar 1925 an gilt.**

Der Reichsfinanzminister betonte im weiteren Verlauf seiner Erklärung, daß das Ziel der Steuermilderung eine allgemeine Senkung der Lasten bezwecke, die heute auf Volk und Wirtschaft ruhen. Vor allen Dingen komme eine Senkung der Länder- und Gemeindesteuer in Frage, die ergänzt werden müsse durch eine **billigere Berechnung von Elektrizität, Gas und Wasser.** Tatsächlich gebe es heute bereits Länder und Gemeinden, deren Finanzen sehr gut eine Senkung erlaubten. Demgegenüber haben die Länder in den Verhandlungen der verflossenen Woche darauf verwiesen, daß die Steuermilderungen ihren Etat gefährden. Es konnte trotzdem aber ein Kompromiß herbeigeführt werden, nach dem das Reich den Ländern einen Status gewährleistet, der nicht unter dem vom Reich überwiesenen Steueranteil im August und September 1923 liegen soll. Diese Abmachungen gelten bis zum 31. März 1925. Sie zeigen, daß sich die finanzielle Lage des Reichs im Vergleich zu den letzten Monaten stark gebessert hat.

Der Reichsfinanzminister führt diese Besserung auf die geänderte politische Lage zurück. **Die 800-Millionen-Anleihe, die Herstellung der Wirtschaftseinheit mit Zoll- und Steuerfreiheit des Reichs, weiter der Wegfall von Lasten für die Micumverträge und der Fortfall von Vorschußleistungen auf die Dawes-Raten haben eine große Belastung gebracht.** Diese Entlastung soll gleichzeitig zur Entlastung der Wirtschaft werden. Kein Zweifel, daß eine derartige Absicht im Ausland ein unerfreuliches Echo finden wird. Man sollte aber jenseits der deutschen Grenzen nicht vergessen, daß die Steuerbelastung in Deutschland, gemessen an der Armut unserer Bevölkerung, bedeutend höher ist und Deutschland die Pflicht hat, während des ihm gewährten Moratoriums seine Wirtschaft so stark zu machen, daß es seine künftigen Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen kann.

Kompliziert wird die gegenwärtige Lage durch die Auflösung des Reichstags, da jede deutsche Regierung vor Maßnahmen steht, die nur durch eine von einer starken Reichstagsmajorität gestützten Regierung durchgeführt werden können. Unter anderen gehören zu diesen Maßnahmen der Finanzausgleich und das Problem der Lastenverteilung. Die Vorlage für den Finanzausgleich ist fertiggestellt. Auch der Haushaltsplan für 1925 ist bestimmungsgemäß noch vor dem 1. November 1924 eingereicht worden. Er enthält aber die alten Steuersätze, da die steuerliche Regelung bis jetzt noch nicht gelöst ist und zu den Aufgaben der sich auf den neuen Reichstag stützenden Regierung gehört. Dagegen wird die Erhöhung der Beamtengehälter noch durch die Regierung Marx ihre Erledigung finden. Der Reichsfinanzminister betont, daß **diese Lohnkorrektur unbedingt notwendig sei, um die Kaufkraft zu stärken.** Gegenüber der Wirtschaft betonte er in diesem Zusammenhang, daß **mit den Steuern nur heruntergegangen werden könne, wenn die Wirtschaft die Preise ermäßigt.**

Im Rahmen seines Vortrags berührte Dr. Luther auch die Aufwertungsfrage und stellte fest, daß sich die ursprünglichen Grundlagen der Aufwertung nicht verschoben haben, obwohl sich die Finanzlage des Reichs besserte. Seiner Auffassung nach kommt **nur eine Aufwertung in Frage, die sich im Durchschnitt auf die sozialen Bedürfnisse beschränkt.**

Der preußische Innenminister hat verfügt, daß die auf die Zeit vom 15. bis einschl. 22. November festgesetzte Auslegungsfrist der Stimmlisten und Stimmparteien für die am 7. Dezember stattfindende Reichstagswahl gleichzeitig Auslegungsfrist für die preußischen Landtagswahlen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411101-17/fragment/page=0001

Die fehlende Wahlparole.

Je unsicherer die Aussichten der Rechtsparteien für die Zukunft in Deutschland sind, desto glühender wird ihre Zuneigung für das Ausland. Die Demokratien des Westens, von den deutschen Nationalen bisher verflucht, erscheinen ihnen jetzt wie glückverheißende Leuchten in dieser für sie so dunklen Gegenwart. In England sind die Konservativen wieder zur Regierung gekommen, in Nordamerika beherrschen noch immer die Wahlmaschinen der alten Parteien das Feld, und schon geben die deutschen Reaktionäre ihrem Poincaré zu verstehen: Kehre zurück, es ist alles vergeben!

Die deutschen Rechtsparteien haben noch nie an zu großem Ideenreichtum gelitten. Aber die Verblödung des deutschen Spießbürgers müßte schon alles erlaubte Maß überschreiten, wenn er der Rechtspresse wirklich glauben sollte, der Wahlausfall in England und in Amerika könnte zu den politischen Verhältnissen in Deutschland in irgendeine Beziehung gebracht werden. Ganz abgesehen davon, daß es in keinem Lande der Welt Gebilde von der Art der deutschen Rechtsparteien gibt, so verschweigen die reaktionären Blätter ihren Lesern noch folgende Tatsachen: Bei den englischen Wahlen hat die Arbeiterpartei binnen Jahresfrist rund eine Million Stimmen gewonnen; bei der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten konnte die neue Fortschrittliche Partei Lafollettes recht beträchtliche Erfolge erzielen, und schließlich wird Poincaré in Frankreich nicht zurückkehren, wenn die deutschen Nationalisten ihn rufen, sondern höchstens dann, wenn sie am 7. Dezember siegen sollten.

Das aber ist der springende Punkt. Wie können die Rechtsparteien siegen, da sie doch den Wählern nichts zu bieten haben? Es fehlt ihnen an einer Wahlparole. Die Monarchie? Damit lockt man höchstens einige bayerische Bierphilister aus ihrer Bank hervor. Wucherzölle für Getreide? Die Landwirte haben nachgerade begriffen, daß ihnen mit produktionsfördernden Maßnahmen mehr geholfen ist als mit der schrankenlosen Belastung der Verbraucher. Der Antisemitismus? Noch kein Jude hat sich beim Schacher so bewährt wie die Deutschnationalen bei ihrem Schacher um einige Ministersessel. Die Erfüllungspolitik? Da lacht ja jeder Sprößling, wenn die Deutschnationalen auf dieses Thema zu sprechen kommen!

Oder wollen die Rechtsparteien durch die Berufung auf ihre bisherige Politik die Gunst der Wähler gewinnen? Von den Völkischen ganz zu schweigen, die keine Politik, sondern Radau machen, so haben die Deutschnationalen sich von einer so schrankenlosen Unfähigkeit und Charakterlosigkeit gezeigt, daß sie, wäre das deutsche Volk auch ein politisches Volk, für alle Zeiten als Partei erledigt sein müßten. Immerhin, die Deutsche Volkspartei wollte mit dieser Partei ein Regierungsbündnis eingehen. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Ohne Wahlparole schwanken die Rechtsparteien hin und her. Um so fester aber steht die Wahlparole der werktätigen Bevölkerung. Sie lautet: **Vorwärts zu wirtschaftlichem und politischem Aufstieg, hinweg mit allen Parteien, die das deutsche Volk noch einmal durch die Greuel des Krieges, der Inflation, des Niedergangs und des Zusammenbruchs führen möchten! Wir wollen keine Wilhelme und keine Rupprechte mehr, wir wollen jene Leute nicht länger mehr sehen, die das alte, mit Schmach und Schande beladene System wieder zu erneuern trachten!**

Es gibt hienieden Brot genug für alle Menschenkinder: das soll nicht länger ein schöner Spruch bleiben, daß soll endlich zur Wirklichkeit werden. Der Ideenlosigkeit der Rechtsparteien setzt die Sozialdemokratie ihre Losungen entgegen: **Brot und Frieden, Recht und Freiheit für alle! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Arbeit leistet! Schutz der menschlichen Arbeitskraft, Hilfe für alle Schwachen und Enterbten:** das ist die sozialdemokratische Parole. Wer wollte ihr nicht folgen?

Der österreichische Eisenbahnerstreik vollständig.

Eine Warnung für die deutsche Reichsbahnverwaltung.

Wien, 9. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Streik auf den Bundesbahnen ist vollständig. Die Streikleitung hat lediglich die Lebensmittelzüge mit leichtverderblichen Waren für den Verkehr freigegeben; dagegen wurden die Kohlenzüge vom Verkehr ausgeschlossen. Die Geschäfte der Verwaltungskommission der Bundesbahnen werden weitergeführt. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen haben mit der Streikleitung Fühlung genommen, um genaue Bestimmungen für die sichere Durchführung der Lebensmittelzüge, insbesondere der Milchzüge, zu vereinbaren. Auch ein Notverkehr ist durch Arbeiter- und Schülerzüge in der Umgebung Wiens vorgesehen. Dagegen ist der Durchgangsverkehr, insbesondere auch der internationale Personen- und Güterverkehr, vollkommen stillgelegt. Die Züge aus den benachbarten Staaten, so aus Deutschland, Italien, Ungarn, der Tschechoslowakei verkehren nur bis zu den Grenzstationen.

Es finden bereits Verhandlungen mit den Eisenbahnern statt, um den fern von Wien weilenden Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, durch Sonderzüge zu der für Dienstag vorgesehenen Sitzung des Nationalrats nach Wien zu kommen. Voraussichtlich wird eine bürgerliche Mehrheit die Regierung Seipel wiederwählen.

Wien, 10. November. (Radiomeldung.)

Am Sonntag haben neue Verhandlungen zwischen den Organisationen der Eisenbahner und der Regierung bzw. der Generaldirektion der Bundesbahnen stattgefunden. Der Streik geht unverändert und unvermindert weiter. Auch für Montag sind bis zur Stunde irgendwelche Verhandlungen nicht in Aussicht genommen. Es werden keinerlei Zwischenfälle gemeldet.

*

Deutschösterreich hat dank der scharfmacherischen Haltung des Kabinetts Seipel einen allgemeinen Eisenbahnerstreik und obendrein noch eine Regierungskrise. Vielleicht dienen die Vorgänge in Oesterreich dem Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn und der Reichsregierung als Warnung. Während das Reichsfinanzministerium, das lange genug vor der drohenden Haltung der hinter dem Verwaltungsrat stehenden Wirtschaftsgewaltigen zurückschreckte, sich schließlich doch im Prinzip für eine Aufbesserung der Beamtengehälter entschied, verlautet von einer Aufbesserung der Besoldung der Eisenbahner noch immer kein Sterbenswörtchen. Will man es auch bei uns unbedingt auf einen Streik ankommen lassen? Beim Deutschen Eisenbahnerverband laufen fortgesetzt Berichte über die bei den Eisenbahnern herrschende Verzweiflungsstimmung ein. Die Eisenbahnarbeiterschaft verlangt dringend von den Organisationsleitungen, unter allen Umständen eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Niemand, der über die Lohn- und Besoldungsverhältnisse der Eisenbahner unterrichtet ist, kann sich über ihre Unruhe und Ungeduld wundern. Wie soll z. B. ein verheirateter Mann mit Frau und Kind heute mit 15 Mk. in der Woche auskommen? Es ist kein Wunder, wenn die Rottenarbeiter, wie es unlängst im Bezirk Mecklenburg vorgekommen ist, von der Verwaltung die Erlaubnis verlangen, bei der Arbeit auf dem Bahnkörper Holzpantoffeln tragen zu dürfen, weil die Stiefelsohlen nicht mehr bezahlt werden können.

Die sozialen Bilder in den verschiedenen Eisenbahndirektionsbezirken sind einfach niederdrückend und das Verhalten der deutschen Reichsbahnverwaltung, die solche Zustände einreißen läßt, unverantwortlich. Die Eisenbahner wissen sehr genau, daß schwere Lasten durch die deutsche Reichsbahn aufgebracht werden müssen, allein die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn ist doch nicht so schlecht, daß eine Lohnaufbesserung völlig ausgeschlossen ist. Jedenfalls geht das aus dem Vortrag, den Generaldirektor Oeser vor kurzem im Ueberseeklub in Hamburg gehalten hat, keineswegs hervor.

Warum die österreichische Regierung zurücktrat.

Wien, 9. November. (Eig. Drahtbericht.)

Vor Pressevertretern erklärte der zurückgetretene Bundeskanzler Seipel am Sonnabendmittag, daß sich die Regierung nicht gegen die Lohnforderungen, sondern gegen den Geist, aus dem diese Forderungen erhoben wurden, gewendet und die Demission gegeben habe. Auch die Bundesbahnangestellten müßten ebenso wie die Bundesangestellten davon Kenntnis nehmen, daß die Beamtenschaft alle Einzelinteressen zurückzustellen hat, bis das Sanierungswerk abgeschlossen ist. In der Sitzung des Nationalrats am nächsten Dienstag werde die bisherige Regierung nur von ihrem Rücktritt Mitteilung machen. Zur Neuwahl der Regierung werde der Nationalrat erst wieder zusammentreten, wenn alle Voraussetzungen dazu gegeben seien. Unter diesen Voraussetzungen verstehe der Bundeskanzler die Beendigung des Eisenbahnerstreiks. Zunächst müsse der Lohnkonflikt mit den Eisenbahnern aus der Welt geschafft werden und allen Kreisen die Erkenntnis kommen, daß das Sanierungswerk Deutschösterreichs durch keine Aktionen mehr gestört werden darf. Die zurückgetretene Regierung werde, ehe sie sich zur Wiederwahl stelle, Garantien verlangen, daß das Sanierungswerk ungestört fortgesetzt werden kann.

Vor einer Regierungskrise in Belgien.

Brüssel, 9. November. (Eig. Drahtbericht.)

Bei den in der nächsten Woche erfolgenden Kammerverhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter und der sich hieraus ergebenden neuen Steuern wird Premierminister Theunis die Vertrauensfrage stellen. Falls die Rechtsgruppen, wie erwartet, die Regierungsvorlage ablehnen sollten, ist eine Regierungskrise unvermeidlich. Theunis wird in diesem Falle voraussichtlich beide Kammern auflösen.

Keine Landtagswahlen in Sachsen.

Dresden, 9. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sächsische Landtag lehnte am Sonnabendnachmittag einen deutschnationalen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen zum 7. Dezember mit 50 gegen 43 Stimmen ab. Für den Antrag auf Auflösung stimmten die Kommunisten und der linke Flügel der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Scharz begründete diese Haltung der sozialdmokratischen Abgeordneten, die für die Auflösung stimmten, mit dem Beschluß des letzten Landesparteitages. Für die Fraktionsmehrheit sprach Genosse Wirth, der eine Auflösung des Sächsischen Landtags im jetzigen Augenblick als unangebracht bezeichnete. Mit der Fraktionsmehrheit stimmten die Demokraten und die Volksparteiler, deren Redner die deutschnationalen und kommunistischen Angriffe gegen die Koalitionsregierung Held scharf zurückwiesen.

Auch Thüringen wählt nicht.

Weimar, 8. November. (Eig. Drahtbericht.)

Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag auf Auflösung des Thüringischen Landtages gestellt. Demgegenüber vertritt die sozialdemokratische Fraktion die Auffassung, daß die Dinge in Thüringen noch nicht so weit gediehen sind, um eine Auflösung zu rechtfertigen. **Sie wünscht, daß mindestens das Ergebnis der Reichstagswahlen in Thüringen abgewartet wird, ehe eine Entscheidung erfolgt.**

Die Drehscheibe dreht sich weiter.

Berlin, 10 November.

Der hier versammelte Vertretertag der Nationalliberalen Reichspartei nahm eine Entschließung an, in der die Partei den Gedanken eines Aufgehens in anderen Parteien ablehnt. Sie würde ihre Organisation mit verstärkter Kraft ausgestalten, um Vorkämpfer für alle entschieden nationalen Elemente mit liberaler Weltanschauung sein zu können. Im Interesse einer möglichst **geschlossenen Rechtsfront werde sie bei dieser Wahl von der Aufstellung eigener Kandidaten absehen,** vorbehaltlich einer besonderen Regelung in einzelnen Wahlkreisen.

Reichsregierung und Beamtengehälter.

Berechtigtes Mißtrauen der unteren Beamten.

Die Reichsregierung hat nach amtlicher Mitteilung über die Kabinettssitzung vom 6. November sich zu dem Entschluß durchgerungen, eine **„maßvolle allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter“** sobald wie möglich durchzuführen. Diese mehr als vorsichtige Formulierung der Absichten der Reichsregierung muß die untere Beamtenschaft stutzig machen. Bekanntlich haben die höheren Beamten bis jetzt 80 Prozent ihres Friedensgehaltes erreicht, und der Reichsbund der höheren Beamten hat auf seiner Tagung in Dresden vor kurzem die „längst notwendige Wiederherstellung der Vorkriegsgehälter“ gefordert. Will nun das Reichskabinett etwa in der Hauptsache nur die Annäherung an die Friedensgehälter der höheren Beamten? Hier wäre Klarheit dringend erwünscht, damit das Reichsfinanzministerium, das zurzeit eine neue Besoldungsvorlage ausarbeitet, rechtzeitig vor Mißgriffen gewarnt werden kann. Die unteren Beamten sind schon vor dem Kriege furchtbar schlecht bezahlt worden, aber damals hatten wir noch keine chronische Teuerung wie heute.

Hilfe für die Hochwassergeschädigten.

Der Reichspräsident stellt 200 000 Mk. zur Verfügung.

Die Reichsregierung hat beschlossen, sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung zu wenden, um die private Opferwilligkeit für die durch die Ueberschwemmungskatastrophe Geschädigten anzurufen. Reichspräsident Ebert wird die Sammlung mit einem Betrag von 200 000 Mk. aus seinem Dispositionsfonds eröffnen.

Revolutionsfeier in Berlin.

Zum Gedenken des Revolutionstages und der Toten des Proletariats veranstaltete der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin am Sonntag eine Proletarische Feierstunde im Großen Schauspielhaus. Das weite Rund dieses Riesentheaters war bis auf den letzten Platz gefüllt. Orgelvorträge leiteten die Feier ein; Rezitationen, Männerchorgesang und der Sprechchor bestritten das übrige, künstlerisch hochstehende Programm. Großen Eindruck machte das Requiem von Toller unter Benutzung von Worten Conrad Ferdinand Meyers. Im Rahmen dieses wirkungsvollen Chorstücks hielt Genosse Crispien die Gedenkrede, in der er die Toten feierte und unter Hinweis auf die bevorstehende Wahlschlacht der Zuversicht in den endlichen Sieg des Proletariats Ausdruck gab. Die roten Fahnen auf der Bühne senkten sich zum Gedenken der Toten. Am Schluß der Feier erhob sich die gewaltige Menge und sang gemeinsam mit dem Arbeiterchor, von der Orgel begleitet, die Internationale. Es waren erhebende Stunden, die den Kampfmut der Tausende belebten.

Viertes Philharmonisches Konzert.

Leitung: Dr. Georg Göhler. • Violine: Prof. Joan Manen.

An der Spitze des gestrigen Konzerts stand die 7. Symphonie (C-Dur) von Joseph Heydn. Das Werk erwies sich in der Göhlerschen Wiedergabe als unserem musikalischen Empfinden immer noch sehr nahestehend. Der Solist des Abends, Professor Manén, hatte sich als erstes Stück Mozarts reizendes D-Dur-Konzert ausgewählt. Die Eigenart der Stellung des spanischen Virtuosen zu Mozart ließ besonders deutlich die Wiedergabe des Andante cantabile erkennen. Manén forderte ein Tempo, das unserer Auffassung vom Charakter des Andante wohl nicht entspricht. Und trotzdem muß man dem Künstler zuerkennen, daß er die Seele Mozarts in ihrer ganzen Tiefe und Zartheit gezeichnet hat.

Der 2. Teil des Programms wurde mit Respighischen Orchesterbearbeitungen alter italienischer Lieder eröffnet, die Dr. Göhler mit feinem Einfühlungsvermögen wiedergab. Darauf spielte Manén sein Spanisches Konzert, ein Werk, das wohl bei uns nie recht heimisch werden wird. Seine Wiedergabe erfordert eine eminente Technik. Manéns Geigenton ist klein, aber von einer berückenden Sinnlichkeit, seine Bogenführung ist ätherisch leicht, sein E-Saiten-Klang von unvergleichlicher Schönheit. Die Begeisterung der Zuhörer nahm große Formen an. Dem Dirigenten war es übrigens nicht leicht, dem ziemlich ausgeprägten rhythmischen Eigenwillen des Solisten zu genügen.

Am Schluß dirigierte Göhler die „Zampa“-Ouvertüre mit großer Verve und unfehlbarem Rhythmus. Sch.

Lustiger Abend Senff-Georgi.

Senff-Georgi ist kein Unbekannter. Von Zeit zu Zeit seh'n wir den „Alten“ gern. Das heißt, er ist gar nicht alt. Wenn wir ihn auf dem Podium herumspringen sehen, denken wir, es ist ein Zwanzigjähriger, trotzdem er wohl reichlich das Doppelte an Lebensjahren mit sich herumträgt. Senff-Georgi ist ein Vortragskünstler derberen Genres. Ihm liegt das Komische, das Groteske. Er beherrscht dann nicht nur sein Sprechorgan, dessen Modulationsfähigkeit fabelhaft ist, sondern weiß auch mit Gesichtsmuskeln, Armen und Beinen die Wirkung seines Vortrags zu erhöhen. Staunenswert ist sein Gedächtnis und seine geistige Beweglichkeit, mit der er jede Gelegenheit erfaßt, die Lacher auf seine Seite zu bringen.

Am Sonnabend wartete Senff-Georgi in den Thalia-Sälen wieder mit einem reichhaltigen Programm auf. Das Zwerchfell der Zuhörer geriet des öfteren in katastrophale Erschütterungen; eine Dame hinter uns verfiel beinahe in Lachkrämpfe. Das Haus dankte die herzerfrischende Kurzweil mit lebhaftem Beifall. A. W.

„Der Meisterboxer.“

Schwank in drei Akten von Otto Schwartz und Carl Mathern.

Der Schwank hat der Väter zwei, die der Mitwelt schon manche gepfefferte Speise vorgesetzt haben. Auch im „Meisterboxer“ haben beide das an Komik Mögliche unterzubringen verstanden. Drei Ehemänner, allen voran der Marmeladefabrikant Breitenbach (der nutzt die zufällige Namensgleichheit mit dem Meisterboxer gleichen Namens gründlich aus), suchen sich durch allerlei Betrügereien der fleischlosen Nahrung ihrer Frauen zu erwehren. Der Unglücksrabe Wipperling, eine klappernde Kanzleiratsfigur, hat Dauerpech. Breitenbach dagegen Glück bis zu dem Moment, in dem ihm die Tochter den ausgerechnet am Ort auftretenden Boxer als Bräutigam ins Haus schleppt. Da bricht der Lügenbau unter Momenten überwältigender Komik zusammen, wobei ein hoffnungsvoller Sprößling und dessen Verhältnis, eine Tänzerin, ausreichend Hilfsstellung leisten.

Der gestrige Abend überstieg — was die komische Wirkung anbetrifft — die kühnsten Hoffnungen: das Publikum raste Lachstürme! Paul Herlt als Marmeladefabrikant mit Hermine Ziegler als Gattin stellten mit Gewandheit urkomische Bilder; Otto Thiedemann als Kanzleirat nicht minder. Else Rochel-Müller als dessen Gattin war nicht zu überbieten. Das Haus schrie vor Lachreiz. Marianne Miersch war eine schwarzlockige Tänzerin mit Liebesdurst und beängstigendem Temperament, Luise Gessing als Tochter Lotte, Hellmuth Erdmann als Sohn Fritz, Kurt Hendrich als Teilhaber und Tilde Emar als Resa trugen ihr redliches Teil zum Gelingen bei. Alfred Haller als Meisterboxer kam, boxte und siegte.

Die Spielleitung (Paul Herlt) sorgte für angemessenes Tempo. Das Haus lachte und dankte durch reichen Beifall. F.

Neue wissenschaftliche Abteilung an der Universität Halle.

In Gegenwart des Rektors und des Senats der Universität wurden gestern die neuen Räume der wissenschaftlichen Abteilung der Münzhandlung A. Riechmann u. Ko. eingeweiht und von der Universität zur Mitbenutzung übernommen. Die wissenschaftliche Abteilung der weltbekannten Firma umfaßt eine numismatische Bibliothek von vielen tausend Bänden, große Sammlungen von Gipsabgüssen von Münzen und Medaillen aller Zeiten sowie eine Sammlung von Fälschungen, beide zu Studien- und Lehrmittelzwecken. Die Bedeutung der wissenschaftlichen Abteilung wird dadurch erhellt, daß die Firma für dieselbe 88 numismatische und historische Zeitschriften hält. Prof. Dr. v. Bahrfeldt, der wissenschaftliche Leiter der antiken Abteilung der Firma, hielt einen fesselnden Vortrag: „Die Münze und Medaille als Quelle und Urkunde“, der durch eine große Ausstellung aus den Beständen der Firma illustriert wurde.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am heutigen Montag, 7½ Uhr, erste Wiederholung von Anzengrubers „G'wissenswurm“ im Stadttheater. Die Rolle der Poltnerin spielt Hermine Ziegler, den Natzl Hellmuth Erdmann. Regie: Else Rochel-Müller. Dienstag: „Der Meisterboxer“ von Schwartz und Mathern. Mittwoch: „Ein Sommernachtstraum“. Donnerstag 7½ Uhr in völliger Neueinstudierung Grillparzers „Medea“. Regie: Intendant Dietrich. Freitag 7½ Uhr: „Der Zigeunerbaron“. Sonnabend: „Euryanthe“.

Hilfswerk für Musikwissenschaft. Der Bremer Domchor (90 Sänger) wird seine Fahrt nach Dresden, wohin ihn eine Einladung Fritz Buschs zum Regerfest ruft, in Halle unterbrechen und am Freitag, dem 14. November, in der Marktkirche einen Regerabend geben. Konzertmeister O. Kobin (Violine) aus Magdeburg und Studienrat O. Rebling (Orgel) haben ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt. Karten in den Musikalienhandlungen von H. Hothan und Reinhold Koch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219241101-17/fragment/page=0002

„Deutscher" Hetztag in Stettin.

Die Wut der Reaktionäre gegen die Sozialdemokratie kennt keine Grenzen. „Severing soll „in die Ostsee gespült" werden.

Stettin, 10. November. (Radiomeldung.)

Zu dem „Deutschen Tag" in den Zentralhallen am Sonntag hatten die Nationalisten von der Deutschen Volkspartei bis zu den Völkischen alle nur erdenklichen Bünde und Vereine aufgeboten. Wie vorauszusehen war, bestand dieser sogenannte Deutsche Tag in einer wüsten Hetze gegen die Sozialdemokratie wie gegen die linksgerichteten Politiker überhaupt und vor allem gegen das Reichsbanner. Der erste Redner, Graf von der Goltz, äußerte den Wunsch, daß eine nationale Regierung und ein nationaler Reichspräsident kommen möchten, die die günstige Gelegenheit der letzten vier Jahre im reaktionären Sinne auszunützen verstünden. Weiter wünschte er, daß „den Innenminister Severing der 7. Dezember in die Ostsee spülen" möge. Prof. Dr. Roethe von der Berliner Universität feierte Wilhelm von Amerongen als „genialen Fürsten (!?) und als Freund der Wissenschaft. Unter ihm habe das deutsche Volk die größte Freiheit gehabt. (Das behauptet ein Berliner Universitätsprofessor, der die Lex Arons persönlich erlebt hat. Red. „V.".) Die Geistesrichtung der Besucher dieses Deutschen Tages wurde auch dadurch charakterisiert, daß mehrfach in Zwischenrufen verlangt wurde, die linksstehenden Minister aufzuhängen. Ein gleiches wünschte man dem Oberpräsidenten von Pommern, Lippmann, der den Mut gehabt hatte, am Sonntag zuvor sich öffentlich zum Reichsbanner und zur Republik zu bekennen.

Friedensreden französischer Minister.

Frankreich will mit dem deutschen Volke gerechte Beziehungen anknüpfen.

Paris, 10. November. (WTB.)

Ministerpräsident Herriot hielt gestern in Rodez eine politische Rede. Er sagte u. a.: Ich glaube in aller Aufrichtigkeit sagen zu können, daß noch niemals eine Regierung auf so viele Hindernisse gestoßen ist wie die jetzige französische demokratische Regierung. Außerhalb und im Interesse Frankreichs habe man nur Gefahren und Verwicklungen gesehen. Ein immer feindseliger gesinntes Deutschland gebe sich dem Haß hin, und sei von einem mysteriösen und abgeschlossenen Rußland benachbart. Diese Lage habe man erwogen und habe durch das Londoner Abkommen die Ausführung des Dawes-Planes sichergestellt, den man den Plan der Pazifierung und der Realisierung nennen könnte. So schwierig auch unsere Beziehungen zu Deutschland sind, wir haben erklärt, daß wir mit dem deutschen Volke gerechte und für beide Länder ehrenhafte Beziehungen wieder anknüpfen wollen, die es gestatten, die Werke der Zivilisation zu fördern. Wir haben eben den Völkern den Frieden gesichert. Wenn das unser Verbrechen sein soll, dann übernehmen wir hierfür die Verantwortlichkeit.

Paris, 10. November. (WTB.)

Kriegsminister General Nollet, der gestern in Lyon weilte, hat bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Frankreich hat zu sehr die Schrecken des Krieges kennengelernt, um nichts sehnlichtiger zu wünschen, als daß die anderen Völker sich seinem Friedensideal anschließen. Frankreich ist bereit, diese Völker eines Welt entgegenzuführen, in der die Gerechtigkeit und nicht die Gewalt die internationalen Beziehungen regeln wird. Frankreich kann aber nicht zulassen, daß sein Friedenswille eine Prämie für einen Angriff wird, der wiederum neue Opfer fordern würde. Die jüngste Vergangenheit beweise, daß Frankreich nicht aus Schwäche, sondern aus Pflichtgefühl gehandelt, das ihm gerade seine Stärke auferlegt.

Das amerikanische Wahlresultat.

Washington, 8. November. (Radiomeldung.)

Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtergebnis der Wahlen zum Repräsentantenhause haben die Republikaner insgesamt 246 Sitze erhalten und damit 21 Mandate gewonnen. Die Demokraten haben es auf 173 Sitze, die Farmerpartei auf drei gebracht. Die Sozialisten können zwei Vertreter (Genossen Viktor Berger, Wisconsin, und Wagnartia, Neuyork) ins Repräsentantenhaus entsenden, dem sie bisher schon angehört haben. Die Demokraten haben insgesamt 27 Sitze verloren. Die Mehrheit der Republikaner beträgt 28.

Im Senat haben die Republikaner bisher 52 Sitze statt bisher 49, die Demokraten 39, die Farmer einen.

Die bayerische Regierung und die Journalisten.

München, 8. November. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Beratung der Position „Pressestelle" im Etat des Ministeriums des Innern lehnte der Ministerpräsident es ab, die in der amtlichen bayerischen Pressestelle tätigen Journalisten in ein etatsmäßiges Beamtenverhältnis überzuführen. Dagegen hielt es der Ministerpräsident für dringend notwendig, daß die angestellten Journalisten von Staats wegen in ein entsprechendes Versorgungsverhältnis für ihr Alter und für ihre Hinterbliebenen übergeführt werden müßten, worüber dem Landtag noch eine besondere Vorlage zugehen wird. In der Aussprache begrüßte Genosse Dill diesen Gedanken und regte an, ob im Zusammenhang mit dem jetzt vorliegenden Journalisten-Gesetzentwurf der Ministerpräsident nicht auch seine grundsätzliche Meinung über diese Frage, an der doch die Journalisten allgemein das allergrößte Interesse haben, sagen möchte, nachdem der Entwurf in absehbarer Zeit doch auch im Reichsrat behandelt würde. Darauf erklärte der Ministerpräsident folgendes: „Ich mache kein Hehl daraus und erachte es als selbstverständlich, daß für den freien Beruf der Journalisten Sicherung für Krankheit, für die Invalidität und für die Hinterbliebenen absolut notwendig ist und geschaffen werden muß. Das ist leider in dem jetzt vorliegenden Entwurf des Journalistengesetzes nicht der Fall. Es wird Aufgabe derjenigen sein, die im Reichstag und im Reichsrat sitzen, dafür zu sorgen, daß das nachgeholt wird."

Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 7. November. (Eig. Drahtbericht.)

Das letzte Verfahren dieser Sitzungsperiode des Staatsgerichtshofes richtete sich am Freitag gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Berliner „Roten Fahne" Apelt. Die Anklage legte ihm Hochverrat bzw. Vorbereitung zum Hochverrat zur Last, begangen durch mehrere Artikel des Zentralorgans der KPD., in denen die Errichtung der proletarischen Diktatur durch Waffengewalt gefordert wurde. Der Angeklagte erklärte, die Artikel nicht selbst verfaßt zu haben; er übernahm aber die preßgesetzliche Verantwortung. Der Reichsanwalt sah in den Artikeln eine öffentliche Aufforderung zum Hochverrat. Außerdem hielt er den Angeklagten der Beleidigung der Reichsflagge für schuldig durch die Verbreitung eines Gedichtes von Heinrich Heine, wobei in einer Zusatzstrophe der Redaktion die Farben Schwarz-Rot-Gold als altgermanischer Plunder bezeichnet wurden. Der Reichsanwalt beantragte wegen des Vergehens des Hochverrats eine Festungshaft von einem Jahr neun Monaten und eine Gefängnisstrafe von einem Monat wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz.

Das Urteil gegen Apelt lautete auf ein Jahr Festung und 100 Mk. Geldstrafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Sechs Wochen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. In den übrigen Punkten der Anklage erfolgte Freispruch.

Hiob-Duesterberg am 9. November.

Der große „Holzkopf"- (früher Stahlhelm-) Führer Duesterberg blamierte seine Organisation vor einigen Monaten dadurch, daß er einen Antrag an die Reichsregierung formulierte, den 9. November zum Buß- und Bettag zu machen.

In Sack und Asche.

Das nebenstehende Bild zeigt unser Düsterhügelchen in der Pose seines alten Vorbild Hiob, in Sack und Asche. Zum Zeichen, daß sich unser geliebter Waffenstillstandskommissar über den hebräischen Bußvater zu höheren Büßerformen hinaus entwickelt hat, begnügte sich der zerknirschte Königstreue nicht damit, in Asche zu sitzen, er streute auch auf seine Glatze den göttlichen Staub. Seine Bäckchen hängen wie die Zweige der Weiden an den Bächen Babylons. An seinen Beinen, die einstmals schön wie die Zedern Libanons waren, sträuben sich die nationalen Borsten, die Florsträmpfe wie Feinde durchstoßend. Die rauhgelockte Kriegerbrust hängt in schlaffen Falten bis zum Nabel, dem Zentralpunkt des „nationalen" Stahlhelm-Lebens, herab. Furchtbar muß die Schuld sein, die der königstreue Offizier auf sich geladen hat, als er am 9. November 1918 seinen Herrn und Kaiser im Stich ließ und im Auftrage der Revolutionsregierung zu dem „Erbfeind" verhandeln ging. Selbst der gehenkelte Stahlhelm auf dem Bilde speit Dampf und Verderben. Wir wünschen dem Unglückschen, daß ihm sein Herr, der Rachegott (Siegreich woll'n wir Frantreich schlagen) den Frieden der Seele wiedergeben möge, damit er die Pension, die ihm sein republikanisches Vaterland in Großmut und Gnade gewährt, in Ruhe verdauen kann, zum Wohle seiner Körper- und Gehirnfunktionen. Gott lass' ihn selig büßen, unseren Hiob-Duesterberg.

Leipzig, 7. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitagnachmittag ist das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die beiden Kommunisten Dudding und Heimberg aus Hamm verkündet worden. Beide Angeklagten wurden wegen Vorbereitungen zum Hochverrat in Verbindung mit Vergehen gegen das Republikschutzgesetz zu je zwei Jahren Gefängnis und je 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. 10 bzw. 8 Monate wurden durch die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet; die Kosten des Verfahrens wurden den Angeklagten zu gleichen Teilen auferlegt. Aus der Begründung des Urteils ist zu entnehmen, daß der Staatsgerichtshof im Gegensatz zum Reichsanwalt nicht zu der Ueberzeugung gelangte, daß der Angeklagte Heimberg Nachrichtenleiter der Unterabteilung Hamm der KPD. gewesen ist. Als strafmildernd wurden die den Angeklagten ihre Jugend und die durchaus ehrenhafte Gesinnung zugute gehalten, als straferschwerend allerdings ihre wichtige Funktionärstellung.

Ausbildung der Schutzpolizei.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Als Beweis dafür, daß die Bestrebungen innerhalb der Schutzpolizei nach einer möglichst vielseitigen und vertieften Ausbildung auf den verschiedensten Wissensgebieten einen immer größeren Umfang annehmen, ist eine Verfügung des preußischen Ministers des Innern anzusehen, in der, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, darauf hingewiesen wird, daß die Anmeldungen zu den Polizei-Obermachtmeisteranwärter-Lehrgängen bei den Polizei-Kraftfahrschulen in größerer Anzahl eingelaufen, als ihnen Rechnung getragen werden konnte. Da eine Vermehrung der Lehrgänge zurzeit nicht möglich ist, beabsichtigt der Minister zwecks Vermeidung von Härten in der Beförderung zum Polizeiobermachtmeister ausnahmsweise sämtliche nach Maßgabe freier Stellen im Laufe des Rechnungsjahres 1924 zur Beförderung heranstehenden Polizeiwachtmeister einer Prüfung zu unterziehen, deren Lehrplan insbesondere folgende Gebiete umfassen soll: Materialkunde, Maschinen- und Motorkunde, Instandhaltung der Kraftfahrzeuge, Elektrotechnik, Materialverwaltung, Zeichnen, Rechnen sowie die gesetzliche Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs. — Die Prüfung wird voraussichtlich im Laufe des Monats Dezember 1924 stattfinden.

Fascistische Kundgebung in London. Am gestrigen Waffenstillstandssonntag veranstalteten zum erstenmal mehrere tausend britische Fascisten eine öffentliche Kundgebung auf dem Trafalgar Square, bei der Ansprachen gegen den Bolschewismus gehalten wurden. Die Kundgebung soll von jetzt an jedes Jahr stattfinden. Zu den Führern gehören eine Anzahl Offiziere des Heeres und der Marine.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratischen Kandidaten in Westfalen-West.

Protest gegen die Zechenstillegungen.

Dortmund, 10. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Sozialdemokratische Bezirksparteitag für das westliche Westfalen nahm am Sonntag Stellung zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen. Die Kandidatenliste für den Reichstag blieb unverändert. An der Spitze stehen Regierungspräsident König, Robert Schmidt und Husemann. Die Landtagsliste führt Klupsch (Dortmund).

In einer Entschließung wandte sich der Parteitag gegen die Stillegung der Randzechen des Ruhrgebiets. In der Entschließung wird unterstrichen, welche Schädigung öffentlicher Interessen die Stillegungsmanie darstellt, durch die die Bergarbeiter der größten wirtschaftlichen Not überantwortet und blühende Gemeinden dem Verfall entgegengeführt werden. Da die stillgelegten Zechen durchaus abbauwürdig sind, gehen außerdem große volkswirtschaftliche Werte verloren. Der Bezirksparteitag erhob daher die Forderung, daß die Reichs- und Landesbehörden unverzüglich eingreifen, da die privatkapitalistischen Erwägungen unvereinbar seien mit den allgemeinen Interessen. Insbesondere soll geprüft werden, ob nicht durch betriebstechnische Maßnahmen die Rentabilität der Betriebe sicherzustellen ist. Eine weitere Entschließung des Parteitages wendet sich gegen die Stillegungsabsichten im Siegerländer Eisenerzbau.

Kandidatenaufstellung in Pommern.

Stettin, 10. November. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonntag fand ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD. Pommerns in Stettin statt. Nach einem Referat des Genossen Schumann über die Reichstags- und des Genossen Beder über die Landtagswahlen wurde ohne weitere Diskussion die Aufstellung der Kandidatenlisten vorgenommen. Spitzenkandidat für den Reichstag ist wieder Schumann, ihm folgen wie bisher die Genossen Passohl, Horn und Georg Schmidt. Listenführer für den Landtag ist Herbert, an zweiter Stelle steht Hartwig, an dritter König (Swinemünde), an vierter die Genossin Höfs. Als Vertreter des Parteivorstandes wohnte Genosse Ludwig dem Parteitag bei. Der Kampfwille der pommerschen Genossen und die bisher durchweg starkbesuchten Wahlversammlungen berechtigen auch die pommersche Sozialdemokratie zu den größten Hoffnungen auf einen günstigen Wahlausfall.

Aus aller Welt.

Massenunterschlagungen im Berliner Fundbureau.

Drei Polizeibeamte verhaftet.

Nachdem die Vorfälle im Bahnkommissariat des Roten Kreuzes, wo ein Vertrauensbeamter das in ihn gesetzte Vertrauen aufs schmählichste mißbraucht hat, eben erst die Bevölkerung Berlins in berechtigte Erregung versetzt haben, ist ein neuer Skandal im Fundbureau des Polizeipräsidiums aufgedeckt worden. Die Beamten der Hauptfundstelle des Polizeipräsidiums sind am Sonnabend durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Durch eingehende Revision wurden Veruntreuungen und Urkundenfälschungen der dort beschäftigten Beamten, des Vorstehers des Fundbureaus, des Polizeiinspektors Gaul, des Sekretärs Schmalz und des Amtsgehilfen Voß festgestellt. Alle drei haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Sie haben in mehreren Fällen teils die ihnen anvertrauten Fundsachen, teils die Belohnungen unterschlagen und für sich verwendet.

Schweres Automobilunglück.

Wien, 9. November. (Eig. Drahtbericht.)

Anläßlich der Feuerbestattung des vor wenigen Tagen verstorbenen Genossen und Mitgliedes des Nationalrates Josef Wiedenhofer, des Führers der Wiener Metallarbeiter, ereignete sich ein schweres Unglück. Die Ortsgruppen der Metallarbeiter aus der näheren und weiteren Umgebung von Wien entsandten zur Einäscherung ihres Führers Abordnungen, die infolge der Stillegung des Eisenbahnverkehrs nur mit anderen Verkehrsmitteln nach Wien gelangen konnten. Dabei ist der Lastwagen, der die drei Vertrauensmänner aus dem Krupp-Werk Berndorf bei Wiener-Neustadt nach Wien bringen sollte, verunglückt. Einer der Vertrauensmänner war sofort tot.

Völkischer Einbruch in eine Synagoge.

Hersfeld, 8. November. In der Nacht zum Donnerstag wurde ein Einbruch und Raub der gemeinsten Art in der hiesigen Synagoge verübt. Die Täter verschafften sich durch Abreißen des Lattenzaunes vom Gartengrundstück einer Kohlenhandlung aus Zutritt zum Grundstück der israelitischen Gemeinde. Zunächst wurden die zwei großen Kirchenfenster der Synagoge beschädigt, sodann das dritte Kirchenfenster vollständig demoliert, um hierdurch in das Innere der Synagoge gelangen zu können. Dann stiegen die Roblinge in die Synagoge ein, vergriffen sich an der Bundeslade und raubten den am Heiligen Schranke befestigten großen Vorhang mit wertvollen Stickereien, der dann in die Fulda geworfen wurde. Sofort nach der Entdeckung der Tat wurde die Kriminalpolizei alarmiert, welche angesichts der noch frischen Fußabdrücke eine bestimmte Spur verfolgte, die dann zur Verhaftung der Täter führte. Wie ermittelt werden konnte, sind die Täter dieses völkischen Roheitsaktes Mitglieder antisemitischer Organisationen.

Kraftdroschkenzusammenstoß. In Berlin stießen gestern zwei Kraftdroschken zusammen. Die eine wurde umgeworfen und völlig zerstört. Vier Fahrgäste wurden unter ihr begraben und mußten von der Feuerwehr aus ihrer Lage befreit werden.

Waldbrände in Amerika. Blättermeldungen aus Neuyork zufolge sind in den Staaten Massachusets, Neuyork und Neujersey umfangreiche Waldbrände ausgebrochen, die sich nach dem Süden und nach Westen bis Kentucky ausdehnten und enormen Schaden anrichteten.

Bervollkommnung des amerikanischen Flugwesens. „Daily Chronicle" zufolge ist in Akron (Ohcio) ein Flugzeugmutterschiff im Bau, das eine Anzahl kleiner Flugzeuge an Bord nehmen und sie starten lassen kann, während es sich in der Luft befindet.

Zwei britische Unterseeboote, K. II und N. 29, stießen heute früh bei einer Uebung im englischen Kanal zusammen und wurden ernstlich beschädigt. Beide sind nach Portland zurückgekehrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411101-17/fragment/page=0003

Das Kind sagt:
Ich schlafe und lerne viel besser, seit ich statt Bohnenkaffee den feinen Quieta trinke.
Trinke Quieta!

Vereins-Kalender

der SPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Geschäftszeit täglich) (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn sich kostenlos, gegen besonderer Vergütung, die oder anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Rechtskommission. Donnerstag, den 13 November, nachmittags 5 Uhr, im Redaktions-Konferenzzimmer: Sitzung.

Republikanische Frauengruppe. Montag, den 10. November, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Bär", Bärgasse am Markt: Geselliges Beisammensein.

Arbeiter-Schachklub. Montags und Freitags von abends 8 Uhr an in den „Drei Königen", Kl. Klausstr., Vereinszimmer: Spielabende. Gäste willkommen.

Aus dem Bezirk.

Fiesterig. Montag, 10 November, abends 7½ Uhr, im „Volksheim": Wichtige Mitglieder-Versammlung.

Brehna. Dienstag, den 11. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung": Oeffentliche Versammlung. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Dreicher.

Kreis Merseburg-Querfurt.

Donnerstag, den 13. November 1924.

Goddula Abends 8 Uhr, „Grüner Hof": Oeffentliche Versammlung (Landesrat Undeutsch).

Leuchtstädt. Abends 8 Uhr, „Stadt Leipzig": Oeffentliche Versammlung (Landrat Gieske).

Merseburg. Abends 8 Uhr, „Tivoli" Mitglieder-Versammlung. Geschäftsführer Geelhar: Ausstellung der Bäckereiprodukte des Allgemeinen Konsumvereins Merseburg).

Mansfelder Lande.

Helbra. Donnerstag, den 13. November, abends 7½ Uhr, im Gasthof „Zum Kronprinzen" Oeffentl. Wählerversammlung. Thema: Monarchistische Knechtschaft oder Republikanischer Aufstieg. Referent Genosse F. O. H. Schulz (Halle).

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. **Jugendgruppe.** Montag, den 10. November, abends 8 Uhr, treffen sich die erbeitslosen Kameraden im „Gewerkschaftshaus".
— **Jungsturmung I.** Montag, den 10. November, abends 8 Uhr, im Lokal des „Gewerkschaftshauses".
— **Jugendspielmannzug.** Uebungsstunde Dienstag 7 Uhr, „Gewerkschaftshaus", mit Instrumenten.
— **Jugendabteilung.** Dienstag, den 11. Nov., abends 7½ Uhr, trifft sich der zweite und dritte Zug in der Turnhalle der Luisenschule (hinter dem Stadtbad). Anmeldungen für Kleidung werden dort entgegengenommen.

Biochemische Seifen
nach Dr. med. Schüßler.
Sie reservieren mit
Nr. 111 u. 222: Hautkrankheiten, Pickeln, Flechte, Hautjucken usw.
Nr. 333 als Toilette- und Badeseife, besonders für Kinder unentbehrlich 11122
Alleinige Hersteller:
Kunze & Ahlvess, Hannover.
Fordern Sie unsere Seifen in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
Verkaufsstellen erkenntlich durch Schaufenster-Plakate.
Verkaufspreis pro **Stück 60 Pfg.**
Vertreter und Auslieferungslager:
Willy Dittmar
Große Gerberstr. 13 Fernruf 8502

Haustrauen geht acht!
Für Lumpen, Knochen und Papier-Abfälle
zahlt 11073
die höchsten Preise
Adolf Fechenbach
Taubenstraße 19 :: Telephon 6176
Auf Wunsch lasse auch abholen.

SPIEL-PLAN DER HALLESCHEN UFA THEATER

UFA-THEATER
Leipziger Straße 88
Pearl White
die beliebte, tollkühne amerikanische Sensationsschauspielerin in dem großen Abenteurerfilm
Helene Lorbecks Abenteuer
Dieser Film ist einer der besten Abenteurerfilme, sind doch mit der abenteuerlichen Handlung Sensationen verbunden.
Erna Morena
in dem Lustspiel in 3 Akten
Lilly spielt Willy
Eine Wanderung im maler. Kiental
(Berner Oberland).
Beginn: 4 Uhr.

UFA-THEATER
Alte Promenade 11a
2. Woche 2.
Ganz Halle ist entzückt über:
Wein Weib Gesang
Ein deutscher Film!
Mit Gesangsvorträgen deutscher Volkslieder.
Jeder 20. Besucher erhält eine Weinkostprobe der Firma Johs. Grün, Winkel im Rheingau. — Halle a. S.
Jugendliche zahlen zur ersten Vorstellung halbe Preise.
Beginn: 4 Uhr.

6 Abschiedstage 6
des Kapitän **Alfred Schneider** mit seinen
50 Löwen 50
Dazu das große Filmprogramm
Volkstümliche Eintrittspreise
0,80 Mk., 1,— Mk., 1,50 Mk. usw.
Jugendliche zur ersten Vorstellung **halbe Preise.**
Beginn 4 Uhr. **Beginn 4 Uhr.**
11874

BREHMER
Edel-Liköre
Weine, Weinbrand
Rum, Arak, Punsch
Hallorentropfen
für den Magen!
Ottomar Brehmer Nachf.
Karl Schulze - Halle (Saale)
Leipziger Straße 43
Likörfabrik u. Wein-Gross-Handlung
11378

Vereinigt. Arbeiter-Sängerchor Merseburg.
Sonntag, den 16. November, abends 7 Uhr, in der städtischen Turnhalle, Wilhelmstraße:
Konzertabend
Programme im Vorverkauf 1 Mk. zu haben in der Volksbuchhandlung, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und in der Buchhandlung Stollberg.
An der Abendkasse 1,25 Mk. 11829
NB. Die passiven Mitglieder sind hierdurch eingeladen.

Die neue vitaminhaltige Kernmargarine der VMW nützen's

Vertretung und Grosslager:
Georg Kuhlins, Halle (Saale), Oleariusstr. 1a. Tel. 4084

Werbebeamte
für Zeitungs- und Literaturvertrieb gegen hohe Provision gesucht
Verlag Volksblatt G. m. b. H.
Halle a. S., Harz 42—44.
Fernruf 4605. Fernruf 4605.

Volksblatt-Buchhandlung
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher

„Lachen links"
Das Witzblatt der Republik!
Preis 25 Pfennig :: Zu beziehen durch
Bitterfelder Volksbuchhandlung, Steinstr. 3-4

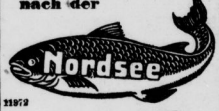
Gastwirtschaft Zoologischer Garten.
Dienstag, den 11. November, abds. 8 Uhr:
der fünfte moderne Tanz-Sport-Abend
Musik ausgef. von der erst. hallischen Tanz-Sport-Kapelle (à la Wenstrap)
Abonnenten des Zoologisch. Gartens und Dauerkarten-Inhaber Wittekind zahlen halbe Preise. Eintritt 1 Mk.

Stadt-Theater
Dienstag, abends 7½ Uhr:
Der Meisterboxer
mit den Damen: Ateler, Seßling, Rochel-Müller, Misrich, Omar; den Herren Herlt Erdmann, Hendrich, Tiedemann, Haller
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Sommernachtstraum.
Die Zahlung der II. Dekade der Freitag-Stammkarten wird bis Donnerstag abend entgegenen.

Koch's Künstlerspiele „Bunte Bühne"
die führende Kleinkunstbühne mit dem konkurrenzlosen
November-Programm!
von dem alles spricht.
Ernst Warlitz
und
11 erstkl. Künstler.
Abgebaute Eintrittspreise!

Musik-Instrumente!
Lauten, Gitarren, Mandolinen Violinen, Trommeln, Zithern, Grammophone und Platten
H. Müller
Gr. Märkerstr. 3
Leipziger Str. 18

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Keine Hausfrau darf es versäumen Dienstag nach der


11972
zu eilen.
Der große fette, zarte **Kabeljau** ohne Kopf kostet das Pfund nur **35,**
Koteletten davon Pfund nur **45,**
Goldbarsch ohne Kopf . . . Pfund **22,**
Grüne Heringe prachtv. größere Ware . Pfund **30,**
Seelachs ohne Kopf Pfund **35,**
Schellfisch mittel ohne Kopf . . . Pfund **35,**
Frische Nordseekrabben Pfund **60,**
Für wenig Geld wohlschmeckendes, sehr nahrhaftes Mittagessen.
Bei dem prachtvollen Fischwetter machen die Dampfer kurze Reisen, daher hochfeine lebendfrische Ware. Nur Riesenfänge und Riesenumsätze ermöglichen diese niedrigen Preise. Sie brauchen bei uns keine 5 Minuten zu warten, denn in der Stunde werden 500 Kunden bedient.
Geöffnet von 8—7 Uhr durchgehend

Arbeitsamt Eisleben.
Petristraße 9. Fernsprecher 131.
Gewerbliche Abteilung: Offene Stellen: Jüngerer Polsterer nach auswärts, Autoschlosser mit mehrjähriger Praxis. **Landwirtschaftliche Abteilung:** Offene Stellen: Lediger Schweizer, verh. Geschirrführer mit 2 erwachsenen Töchtern. **Weibliche Abteilung:** Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen, Wirtschafterin, junge Gutsmamiell. 1697

Amtliche Bekanntmachungen

Die **Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge** werden vom 15. November 1924 an auf 2½ % des Grundlohnes erhöht.

Halle, den 8 November 1924.

Der Verwaltungsausschuß des Arbeits- und Berufsamtes der Stadt Halle.
(Oeffentlicher Arbeitsnachweis).

Eisleben

Oeffentliche Mahnung an die Steuerpflichtigen.

Mit Bezahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer bis Ende Oktober sowie der Gewerbe- und Hundesteuer für Oktober—Dezember 1924 sind eine Anzahl Steuerpflichtiger erheblich im Rückstande. Wir machen daher die Steuerschuldner auf die Bezahlung der Steuer dringend aufmerksam.

Wenn trotz dieser Mahnung eine Bezahlung der Steuerschuld innerhalb einer Woche nicht erfolgt, werden die Rückstände im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen.

Eisleben, den 5. November 1924.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411101-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. November 1924.

Schon wieder?

Ein ernstes Wort an die Wahlfaulen.

Der Stoßseufzer „Schon wieder mal Wahlen?" entringt sich jetzt, da die Parteien in den Wahlkampf um die Entscheidung am 7. Dezember eingetreten sind, so mancher Brust. Viele Wähler und Wählerinnen empfinden das Wählen als eine unerwünschte Störung ihres Daseins. Sie stöhnen, wenn die Parteien sie auffordern „Entscheide Dich!", daß sie sich gar nicht in der Politik hindurchfinden könnten und darum auch nicht wüßten, „wen" sie zu wählen hätten. Ihnen ist es zuwider, wenn die Zeitungen mit Wahlartikeln und Wahlaufrufen gespickt sind, wenn die Anschlagsäulen mit politischen Parolen tapeziert sind und eine Wahlversammlung die andere jagt. „Wir wollen unsere Ruhe haben!" ist die Meinung dieser Leute. Und darum setzen sie sich — wie kleine, ungezogene Kinder — am Wahltag in den Schmollwinkel und tun so, als ginge sie die Wahl überhaupt nichts an.

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 26. Oktober entfielen auf je 100 Stimmberechtigte nicht weniger als 35 solcher Toren! Sie können und wollen nicht einsehen, daß auch die Stimmenthaltung eine Entscheidung bedeutet. Alle Wahlberechtigten im Lager des werktätigen Volkes, **die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen, arbeiten indirekt den reaktionären, arbeiterfeindlichen Parteien in die Hände.** Sorgen wir also vor allem dafür, daß am 7. Dezember die Zahl der Nichtwähler so klein wie möglich ausfällt.

Aber auch unter denen, die es als selbstverständlich erachten, daß sie ihr Wahlrecht ausüben, befinden sich viele, die mit griesgrämigem Gesicht ausrufen: „Schon wieder mal Wahlen?!" Haben sie dazu ein Recht? Man sollte jeden, der diesen Seufzer herauspreßt, die einfache Frage vorlegen: „Wie hast du gewählt?" Hat er deutschvölkisch, deutschnational oder kommunistisch gewählt am 4. Mai 1924 oder hat er sogar seine Stimme an irgendein politisches Vereinchen verschwendet, das dann mit einem halben Bäckerdutzend in den Reichstag eingezogen ist — dann hat er **selbst mit dazu beigetragen, daß er am 7. Dezember bereits wieder zur Wahlurne schreiten muß.** Niemand hat das deutsche Volk dazu gezwungen, sich am 4. Mai ein solches Monstrum von Reichstag zusammenzuwählen, wie es nach langen Qualen endlich verendet ist. Völlig aus freien Stücken haben die Wähler und Wählerinnen ein lebensunfähiges Parlament gewählt, dem der frühe Tod schon an der Wiege gesungen wurde. **Es ist allein die Schuld der Wähler, daß sie „jetzt schon wieder" wählen müssen. Ein Reichstag** mit einheitlichen, großen Parteigebilden, wie die Sozialdemokratie eins darstellt, wäre von dauerhafterer Existenz gewesen als das Schwindsuchtsparlament vom 4. Mai.

Hoffentlich bringen diesmal die Wähler mehr politischen Tatsachensinn auf. Sie haben seit Mai erleben müssen, daß Krisen, politische Unruhen und Katastrophen heraufbeschworen werden, wenn die Gesamtheit der Wähler mit ihrem Stimmzettel keine klare Entscheidung fällt. Der Stimmzettel entscheidet nicht nur über die zukünftige Politik, er entscheidet auch darüber, ob wir bald oder erst in längerer Zeit wieder zur Wahl gehen müssen.

Allen Gliedern des schaffenden Volkes wollen wir es bis zum 7. Dezember einprägen, daß eine starke Sozialdemokratie die sicherste Gewähr für eine stetige und aufwärtsgerichtete Politik ist. Wer sozialdemokratisch wählt und mit zu einem sozialdemokratischen Wahlsiege beiträgt, der schaltet Schwankungen in der Politik aus und verhindert, daß es bald wieder heißt: „Schon wieder mal Wahlen?!"

Die Revolutionsfeier.

Zu einer ernsten Feier, die dem Gedenken des 9. November gewidmet war, hatten sich gestern abend im großen Saale des „Volkspark" die Parteigenossinnen und -genossen recht zahlreich eingefunden. Die Feier war nur kurz, aber eindrucksvoll. Genosse Richard Krüger (Merseburg), der Spitzenkandidat auf der sozialdemokratischen Reichstagsliste, wies in kernigen Worten auf die Zustände hin, die vor dem 9. November 1918 in Deutschland und besonders in Preußen herrschten, wo die Ungleichheit der Staatsbürger zum Prinzip gemacht war. Er erinnerte daran, daß die Gewalten, die vor sechs Jahren von ihrer Alleinherrschaft abgesetzt wurden, heute mit großem Eifer bemüht sind, ihre alten Privilegien zurückzuerobern. Am 7. Dezember gehe der Kampf einzig und allein um die Frage, wer herrschen solle, das gesamte Volk oder eine kleine Kaste. Deshalb müsse alles aufgeboten werden, um den Wahltag zu einem Siegestag der Republikaner und der Sozialisten zu gestalten.

Die Rede des Genossen Krüger wurde würdig umrahmt durch einige Chöre des Freien Sängerchors und durch die mit großem Beifall aufgenommenen Liedervorträge der Stadttheatermitglieder Henriette Böhmer und Hans Kaufmann. Mit einem flammenden Schlußwort des Genossen Schaumburg und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die schlichte Feier ihr Ende.

*

* **Frauengruppe.** Mittwoch abend 8 Uhr Vortrag des Parteisekretärs Genossen Petersdorff: „Die Frau und die neuen Reichstagswahlen". Beteiligung aller Genossinnen und Genossen erwünscht.

Arbeiterwohlfahrt oder IAH.?

Nur drei Beispiele aus Halle.

Eine Familie schickt ihre schulpflichtigen Kinder betteln. Bei Nachforschung durch die Arbeiterwohlfahrt ergibt sich: Vater arbeitslos und Trinker; Mutter krank, kämpft wie ein Löwe gegen das Elend. Dringend notwendig ist Betwäsche. Die Arbeiterwohlfahrt ruft Jugend- und Armenamt, bemüht sich selbst. Auch bei der IAH. wird angeklopft. Herr Kutzschbauch hat aber „für Trunkenbolde nichts übrig". Doch wird auch ohne ihn das Nötigste beschafft.

Die Bezirksfürsorge weist der Arbeiterwohlfahrt eine kranke Mutter zu, die bewogen werden soll, das Krankenhaus aufzusuchen. Empfang unfreundlich, da schon die IAH. viel versprochen und nichts getan hat. Die Arbeiterwohlfahrt läßt nicht locker. Arzt, Krankenkassenschein, Arbeiter-Samariterkolonne werden besorgt. Die Mutter ist im Krankenhaus, die zurückbleibenden Kinder in der Obhut der Arbeiterwohlfahrt.

Sonntag abend ist's. Im „Gewerkschaftshaus" erscheint eine Flüchtlingsfamilie. Auch für sie fand die angerufene IAH. nur schöne Worte. Die Arbeiterwohlfahrt greift zu. Sie sammelt unter den anwesenden Gästen, versorgt namentlich das jüngste sieben Wochen alte Kind, sucht die Polizei auf und bringt mit ihrer Hilfe Mutter und Kinder so gut es eben geht unter; der Vater findet „anderswo" Platz.

Entscheide, Proletarier, wo Dir wirkliche Hilfe in Deiner Not wird!

*

Die „unpolitische" Rote Hilfe.

Obige drei Beispiele geben ein kleines Bildchen des kommunistischen Pharisäertums, das zwar mit großen Gesten und gewaltigen Versprechungen operiert, aber davon nichts weiß, wenn wahre Not zu lindern ist. Das ist jedoch begreiflich, denn wir haben bereits mehrfach den Nachweis erbracht, daß die sogenannte „Rote Hilfe" nichts anderes ist als eine Nebenstelle der KPD. Gleichwohl versucht sie KPD. immer wieder, unter allen möglichen heuchlerischen Vorspiegelungen diesen nächsten Wolf in ein „neutrales" Schaffell zu hüllen und der Oeffentlichkeit als harmlos zu präsentieren. Jetzt muß die „Rote Hilfe" zur Wahlagitation herhalten. So bringt der „Klassenkampf" in seiner Sonnabendnummer ein als „rote Hilfe" firmierendes Elaborat, das von Beschimpfungen unserer Partei nur so strotzt und die schamlosesten Lügen und Verleumdungen enthält. Das Geschimpfe soll die Antwort sein auf unsere in der Freitag-Nummer gemachten Feststellungen. Wenn es eines Gleiches in der längst geschlossenen Kette der Beweismittel dafür, daß die „Rote Hilfe" nur eine Nebenstelle der KPD. ist, überhaupt noch bedürfte, dann wäre der betreffende Artikel Beweis. Wir wollen auf die häßlichen, persönlich gehaltenen Beschimpfungen aus jede Antwort ersparen. Ein unserem Feststellungen ist nicht zu rütteln: Die „Rote Hilfe" ist ein kommunistisches Nebeninstitut, das lediglich zur Erleichterung der Wühltaktik und Spaltungsarbeit der Kommunistischen Partei dient.

Georg Bernhard als demokratischer Reichstagskandidat.

Kandidatenrede des demokratischen Listenführers Hummel.

In einer starkbesuchten Wählerversammlung der Deutschdemokratischen Partei, die gestern vormittag im „Wintergarten" stattfand, sprach Spitzenkandidat Staatspräsident a. D. Prof. Hummel. Der Redner sprach sich scharf gegen den Bürgerblockgedanken aus und entwickelte dann die Richtlinien seiner Partei, die er als die Partei der bürgerlichen Linken bezeichnete. Mit treffenden Ironie wußte der Referent mehreren Zwischenrufen zu begegnen. Das Sprengkommando der vereinigten Holzköpfe hatte teilweise scheinbar die Zeit verschlafen und war deshalb nur zur Hälfte angerückt. Es wagte deshalb auch keinen ernstlichen Störungsversuch. In der Diskussion sprach zunächst der Führer der Völkischen, Dr. Hoffmann-Kutschke, der mit seiner alten Walze die Zuhörer anödete. Nachdem noch ein Vertreter der Deutschen Volkspartei und ein anderer Redner gesprochen hatten, wies Professor Hummel die Angriffe der Gegner in seinem Schlußwort zurück.

Wie wir erfahren, ist gestern von der Demokratischen Partei nach dem an erster von hier stehenden Dr. Hummel an zweiter Stelle der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhardt (Berlin) als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Versorgungsberechtigte!

Man schreibt uns: Das Reichsarbeitsministerium hat am 13. Oktober 1921 einen neuen Erlaß für diejenigen Versorgungsanwärter herausgegeben, die eine Geldabfindung für die Nichtberuhrung des Versorgungsscheines auch dann erhalten können, wenn sie bei keiner Behörde vormerkt waren und ihren Antrag bis zum 31. August 1924 noch nicht gestellt hatten. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hierzu mitteilt, gilt diese Bevorzugung jedoch nur für die, die den Schein erst nach dem 31. März 1923 erhalten haben. Ausnahmsweise kann in eine sachliche Prüfung der nach dem 31. August 1924 gestellten Anträge auf erhöhte Abfindung noch eingetreten werden, wenn der Antragsteller, dem der Versorgungsschein schon vor dem 31. März 1923 ausgehändigt wurde, glaubhaft machen kann, daß er von dem die Anmeldefrist zur Erreichung der höheren Abfindung bestimmenden Erlaß zu spät Kenntnis erhielt oder durch sonstige triftige Hinderungsgründe von der Innehaltung der Frist abgehalten worden ist.

Wer den Versorgungsschein schon vor dem 31. März 1923 erstrebte, ihn aber erst nach diesem Datum erhielt, hatte wenig Aussicht auf Erlangung einer Vormerkung bei Behörden. Ein neuer Antrag soll jedoch besonders wohlwollend behandelt werden. Vor Erlaß dieser neueren Bestimmungen bereits abgelehnte Anträge, die nunmehr erfüllt werden können, werden nur auf erneuten Antrag wiederaufgenommen. Wer hierzu berechtigt ist, wendet sich entweder an seine zuständige Versorgungsbehörde oder an die zuständige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, wo ihm nähere und fachkundige Aufklärung gegeben werden wird.

* **„Versandgeschäfte".** Von verschiedenen Seiten geht uns Material zu über die Methoden sogenannter Versandgeschäfte, die mit allen Mitteln versuchen, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen und die ihnen dafür im günstigsten Falle minderwertige Ware andrehen. Manche Menschen glauben immer noch, sie erhalten etwas geschenkt. In Wirklichkeit werden sie nur übers Ohr gehauen. Man gebe nichts auf die Anzeigen solcher Versandhäuser. Wer etwas braucht und kaufen will, der hat am Orte hinreichend Gelegenheit hierzu. Er kann sich die Ware ansehen, er kann ihren Preis prüfen. Er braucht nicht zu kaufen, wenn die Ware nicht gut oder der Preis zu hoch ist. Dann sind in letzter Zeit Geschäfte aufgetaucht, die den Konsumenten für einen bestimmten Betrag gewisse Waren, Fahrräder, Wurst usw. — in Aussicht stellen, wenn sie ihnen neue Kunden und auch neues Geld zuführen. Auch vor solchen Geschäften muß gewarnt werden. Es kann niemand Wurst verschenken oder „ganz billig" abgeben.

* **Kriegsgräberfürsorge.** In dem soeben erschienenen Oktoberhefte der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge", die nur in der Geschäftsstelle, Berlin W 10, Matthäikirchstraße 17, zu beziehen ist, veröffentlicht der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum erstenmal einen Bericht über die Volksbundarbeiten auf deutschen Kriegerfriedhöfen im In- und Auslande. Es bringt daneben zahlreiche Mitteilungen über den Zustand der deutschen Kriegerfriedhöfe im Auslande sowie eine eingehende Darstellung über die Beschaffenheit der Kriegergräber in der Umgegend von Saarbrücken. Das Zentralnachweisamt berichtet über die zurzeit in Rumänien im Angriff genommenen Instandsetzungs- und Umbettungsarbeiten auf deutschen Kriegerfriedhöfen. Auskünfte über alle Kriegsgräberfragen vermittelt bereitwilligst der Vorsitzende der hallischen Ortsgruppe, Kaufmann P. Heydenreich, Nietleben.

* **Das Gastspiel des Kapitäns Alfred Schneider** mit seinen 50 Löwen geht in einigen Tagen zu Ende, da das Unternehmen nach Berlin (Zirkus Busch) übersiedelt. Um auch den Minderbemittelten den Besuch dieses einzigdastehenden Massendressuraktes, der infolge seiner Riesenfolgen nicht wieder geboten werden kann, zu ermöglichen, hat sich die Direktion des Walhalla-Theaters entschlossen, die Preise ab heute bedeutend herabzusetzen, und zwar auf 80 Pf., 1 Mk., 1,50 Mk. usw. Jugendliche zahlen auf allen Plätzen halbe Preise. Der neue Filmtitel „Die Stimme von Portici" (5 Akte) und eine Gerhard-Dammann-Groteske vervollständigen den reichhaltigen Spielplan auf das angenehmste. Die Vorstellungen beginnen um 4 Uhr, Kapitän Schneider tritt nachmittags 5½ Uhr und abends 8 Uhr auf.

Unsere Wählerversammlungen im Saalkreis.

Am Freitag und Sonnabend fanden in einer größeren Anzahl Ortschaften des Saalkreises unsere ersten Wählerversammlungen statt. Alle Versammlungen hatten einen guten, einige sogar recht starken Besuch aufzuweisen. Störungen fanden nur vereinzelt statt. So in Löbejün, wo Genosse Kasparek, und in Teicha, wo Genosse Wiegand sprach. In beiden Versammlungen hatte man die „Roten Faustkämpfer" aus der ganzen Umgegend zusammengeholt, um unseren Rednern das Reden so schwer als möglich zu machen. Trotzdem gelang es auch hier unseren Genossen, ihr Referat zu Ende zu führen. Arme KPD., wie mag es bei ihr bestellt sein, wenn sie mit ihren wahlunmündigen Knüppelsungens die gegitte Aufklärung zu verhindern trachtet.

Alle übrigen Versammlungen verliefen durchaus ruhig, so in Wettin, Nauendorf, Wallwitz, Letzewitz, Brachwitz, Brachstedt, Kaltenmark usw.

Unsere Genossen, die als Redner dort tätig waren, haben alle den besten Eindruck aus den Versammlungen mitgebracht. Die Stimmung ist für unsere Partei ganz ausgezeichnet, und sie wird es noch mehr, wenn auch die Wähler des Saalkreises erfahren, wie das Proletariat Anhalts und Mecklenburgs in immer größeren Scharen sich aus dem verderblichen Einfluß der Kommunisten befreit und sich wieder um die kampferprobten Fahnen der Sozialdemokratie sammelt. Die reaktionäre Welle wird sich auch in Mitteldeutschland brechen. Des sind wir gewiß!

* **Die Feuerwehr** wurde am Sonntagvormittag nach dem Grundstück Thielenstraße 5 gerufen, wo durch Ueberhetzen des Küchenherdes der im Rauchabzugsrohr angesetzte Ruß in Brand geraten war. Die Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken. — In der Sonnabendnacht wurde die Feuerwehr durch Feuermelder nach der Wörmlitzer Straße gerufen. Es stellte sich beim Eintreffen heraus, daß der Feuermelder aus Unfug gezogen worden war.

* **Eine angenehme Dienstherrschaft.** Am Sonnabendnachmittag wurde in einem Grundstück am Moritzkirchhof ein Dienstmädchen, das dort zum Besuch bei einer Familie weilte, von der Ehefrau aus der Wohnung geworfen. Das Mädchen kam auf dem Korridor zu Fall und brach sich den linken Unterschenkel. Es mußte dem Krankenhause zugeführt werden. Der Vorfall ist bezeichnend. Ein großer Teil der „Herrschaften" betrachtet das Dienstmädchen immer noch als Menschen zweiter Klasse. Zur Wahl allerdings werden die Mädchen umworben und müssen nach Weisung der „Gnädigen" den Stimmzettel für die Deutschnationalen abgeben. Den Dank sieht man oben!

* **Ein ungestümer Liebhaber.** Gestern mittag wurde in der Mansfelder Straße ein Mädchen von ihrem Bräutigam zu Boden geworfen und ins Gesicht gebissen. Das Mädchen mußte sich ärztliche Behandlung begeben.

* **Prügelei.** In der Freitagnacht entstand Ecke Hardenberg- und Dessauer Straße eine Schlägerei, an der sich etwa 20 Personen beteiligten. Der Schlägerei, bei der Verletzungen nicht eintraten, wurde durch Polizeibeamte ein Ende gesetzt.

* **Vorübergehende Schließung des Versorgungsamtes.** Wegen dringender Berrechnung der Versorgungsgebührnisse ist das Versorgungsamt Halle in der Woche vom 10. bis 15. November für jeden Verkehr geschlossen.

* **Gastwirtschaft „Zoologischer Garten".** Morgen (Dienstag) abend 8 Uhr findet der 5. moderne Tanz-Sport-Abend statt. Musik von der ersten Halleschen Tanz-Sport-Kapelle (a la Wenstrap).

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Die Verzweiflungstat einer Mutter. Wie wichtig es ist, auch bei uns, wie schon in manchem fortschrittlichen Staatswesen, die Ehescheidung von einem ärztlichen Gutachten abhängig zu machen, bewies — zum soundsovielten Male — eine Schwurgerichtsverhandlung am Sonnabend. Angeklagt der Tötung ihrer beiden kleinen Kinder nahm die Ehefrau Ilse Schumbarot aus Bitterfeld vor dem grünen Tische Platz. Diese durch Verarbeitung ungünstig beeinflußte Person hatte im Mai 1920 einen vermaligen Inspektor, späteren Kaufmann geheiratet, dem die Inflation — und andere Ursachen? — die Möglichkeit nahm, sich ein passendes Gut zu kaufen, so daß er — was eigentlich recht bezeichnend ist — zwei Jahre ohne Stellung war. Als er dann in Köln unterkam, wohin ihn die eigene Mutter folgte, konnte er seine Frau nicht bestimmen, ihm mit den Kindern zu folgen. Die Frau klammerte sich vielmehr an ihre aus finanziellen Gründen lebensmüde gewordene Mutter. Der Mann, dem seine Frau in kleinlicher Eifersucht zugesetzt haben soll, fand eine Partnerin in Köln. Zum Abenteuer kam der Wille, sich von seiner Frau zu trennen, was er in zynischer Rede und angesichts der Beweise seiner Untreue dieser offenbarte. Da reifte nach schriftlichen Fehlbitten in der Frau wie auch in deren Mutter der Entschluß, durch Gastod aus dem Leben zu scheiden. Die Tat des 4. Mai kostete der Großmutter und den Enkelkindern das Leben, während die Frau S. nur stark betäubt war. Für die als Totschlag geltende Tötung ihrer Kinder erhielt nun Frau S., die, wie ihr Verteidiger äußerte, noch immer mit einer geradezu krankhaften Liebe an dem Manne hängt, sechs Monate Gefängnis, die auf 3 Jahre ausgesetzt werden. § 51 konnte nicht in Frage kommen. F.

Wegen Totschlag freigesprochen. Am 7. November 1923 fiel einem räuberischen Ueberfall in der Jeßnitzer Gegend durch einen Revolverschuß der Salzfurter Hermann Schmidt zum Opfer. Einige Zeit danach zeigte ein Jeßnitzer die Arbeiter Erich Kramer und Gustav Strauß, seinen Schwager bzw. Freund, als die Täter an. Da aber dieser Kronzeuge S. aus Jeßnitz, der den beiden auch bei einer Anzahl Diebereien assistiert haben will, fortwährend jenen Vorfall anders darstellte, auch in der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung, und es sich bei ihm um einen bedauernswerten Dummkopf handelt (fast Analphabet), konnte den Angeklagten die Tat nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden und es erfolgte Freispruch. Daß dieses gemeine Versprechen ungesühnt bleiben wird, liegt an der sehr mangelhaften Verfolgung durch den zuständigen Landjäger. Der verstorbene Schmidt war im Dessauer Krankenhause noch sechs Tage vernehmungsfähig gewesen. Es geschah aber nichts. Bei der Sektion wurde nicht mit allen Mitteln die Kugel gesucht, weil — ja weil das die Staatsanwaltschaft nicht gefordert habe. F.

Schöffengericht.

Inflationsnachwehen. Die Justiz hat wohl noch einige Zeit zu tun, um die Straftaten aus der Inflationszeit zu sühnen. Eine dieser Art, geboren aus Not und Gewohnheit, beschäftigte jetzt wieder das Schöffengericht. Die Teutschenthaler Max E. und Hugo Sch., die wegen vorübergehender Reise ins Ruhrgebiet erst jetzt vor dem Forum erscheinen, nahmen eine jener verflochten Gelegenheiten wahr, wo man ohne große Mühe in den Metallbestand einer Grube greifen konnte. Die Erleichterung besorgte dann der damalige Rohrproduktenhändler Otto G., einer jener neuen Sterne aus der Zeit des Markverfalls. Da ihm die Erfahrung fehlte, kam der Posten Weißmetall, 330 Kilogramm, an die Eigentümer zurück. Das Gericht nahm diese alte Geschichte nicht mehr so tragisch und verurteilte E. zu 1 Jahr 4 Monaten, den bisher unbestraften Sch. zu 6 Monaten, G. wegen Hehlerei zu 9 Monaten Gefängnis. E. und G. auch zu je 4 Jahren Ehrverlust. Teilweise Strafaussetzung wurde ihnen in Aussicht gestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411101-17/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der Arbeitsmarkt im Kreis Merseburg.

Ueber den Stand des Arbeitsmarktes im Monat Oktober berichtet der Arbeitsnachweis in Merseburg:

Die im allgemeinen Mitte September einsetzende Besserung der Gesamtarbeitsmarktlage machte sich auch im Oktober im Arbeitsnachweisbezirk Merseburg bemerkbar. Die Besserung äußert sich auch zahlenmäßig in einem steten Rückgang der Erwerbslosenunterstützungsempfänger. Wenn auch die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie auf Konto der einsetzenden Hackfruchternte, Kartoffel- und Rübenroden, zu setzen war, so konnte auch eine stetige leichte Entwicklung in den maßgebenden Industrien bemerkt werden. **Betriebseinschränkungen und Stillegungen wurden nicht mehr gemeldet, Entlassungen in größerem Maße sind nicht mehr vorgekommen.** Der bis zurzeit auf dem Wirtschaftsleben lastende Druck, hervorgerufen durch den steten Kapitalmangel und andere bekannte Ursachen, wirtschaftlicher und politischer Art, ist leider auch jetzt noch nicht behoben, jedoch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Besserung nicht nur vorübergehend ist. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in der Metallindustrie. Die beiden stillgelegten Betriebe „Ambi" (Merseburg) und Stahl- und Eisenwerk (Frankleben) haben bis heute ihren Betrieb noch nicht wiederaufgenommen. Infolgedessen stehen die zurzeit entlassenen Fach- und ungelernten Arbeiter dieser Betriebe noch außer Arbeit. Die größte am Orte befindliche Armaturenfabrik J. Blancke hat ebenfalls infolge Absatzschwierigkeiten ihr Personal verringert, jedoch wurde in der Regel nur auf jüngere Leute zurückgegriffen.

Den besten Beschäftigungsgrad wies die Papierindustrie auf, in der noch einzelne Leute untergebracht werden konnten. Das bisher als Gradmesser für die Beurteilung der Wirtschaftslage geltende Leunawerk hat ebenfalls eine ganze Anzahl Angestellte Anfang des Monats abgebaut. Arbeitereinstellungen werden nur in verminderter Zahl vorgenommen. Gegenwärtig ist ein gewisser Mangel an tüchtigen Isolierern und Maurern zu spüren.

Die Besserung auf dem Baumarkte, welche den laufenden Berichtsmonat anhielt, hat bewirkt, daß zurzeit Facharbeiter des Baugewerbes nur noch vereinzelt arbeitslos sind. Eine Anzahl Maurer konnte dem Leipziger Arbeitsnachweis zugewiesen werden, wo infolge größerer Bauausführungen Hochkonjunktur herrscht. Die mit dem Baugewerbe in enger Verbindung stehende Industrie für Steine und Erden zeigt demgemäß eine steigende Besserung.

In erfreulicher Weise entwickelte sich die Arbeitsmarktlage im Vervielfältigungsgewerbe. Angebot und Nachfrage halten sich die Wage.

Verhältnismäßig ungünstig liegen die Arbeitsmöglichkeiten im Braunkohlenbezirk. Wenn auch Entlassungen nicht mehr gemeldet werden, so kommen Einstellungen im größeren Maße nicht in Frage. Das ist um so mehr zu bedauern, als erfahrungsgemäß die Gruben in der jetzigen Jahreszeit den freiwerdenden Arbeitskräften aus anderen Industrien als willkommene Unterkunftsmöglichkeiten dienten. Die schwache Beschäftigung ist vermutlich eine Folge der gesunkenen Kaufkraft der breiten Masse, die die Eindeckung des Winterkohlenvorrates so weit wie möglich hinausschiebt, und der noch immer ungünstigen Lage der Metallindustrie.

Durchaus ungünstig lagen die Verhältnisse für die vom allgemeinen Abbau der Beamten und Angestellten Betroffenen. Denn nicht nur die Staats- und Gemeindebetriebe, sondern auch viele Gewerbe, Industrie- und Bankunternehmungen setzten am 1. Oktober ihre Belegschaftszahl herab. Es besteht leider für die meisten der Abgebauten wenig Aussicht, in Bälde in anderen Stellungen unterzukommen. Auch technische Angestellte sind zum Teil daran beteiligt, die infolge der fortentwickelnden Spezialisierung der Industrie nur sehr schwer unterzubringen sind.

Wie zu Anfang schon bemerkt, konnten Arbeitskräfte, auch städtische, für die einsetzende Kartoffel- und Rübenernte vorübergehend vermittelt werden. Die bestehenden ungünstigen Verkehrsmöglichkeiten verhinderten zum Teil die gewünschte schnelle Heranschaffung auch von verheirateten Arbeitslosen für diese Arbeiten.

An tüchtigen perfekten weiblichen Hausangestellten war Mangel vorhanden. Dasselbe gilt für landwirtschaftliches weibliches Dienstpersonal. Infolge Fehlens jeglicher weiblicher Industriearbeit konnte ein Ueberangebot für Aufwartungen und sonstige Hausarbeiten festgestellt werden. Die infolge Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit der Männer zur Mitarbeit gezwungenen Ehefrauen belasteten den Arbeitsmarkt nicht unerheblich.

Die Stadt Merseburg beschäftigt neben den zur Pflichtarbeit Herangezogenen noch durchschnittlich 40 Arbeitslose bei kleinen Notstandsarbeiten.

Die Zahl der beim Arbeitsamt Gemeldeten betrug am Schlusse des Berichtsmonats in der Stadt Merseburg: 245 männliche und 115 weibliche; im Kreise Merseburg: 365 männliche und 39 weibliche; davon waren Erwerbslosenunterstützungsempfänger in der Stadt Merseburg: 178 männliche, 13 weibliche und 267 Angehörige; im Kreise Merseburg: 292 männliche, 4 weibliche und 355 Angehörige.

Im Vergleich zum Vorjahr des gleichen Monats seien folgende Zahlen angeführt: Gemeldete Arbeitslose in der Stadt Merseburg: 620 männliche und 196 weibliche; im Kreise Merseburg: 1458 männliche und 325 weibliche; davon waren Erwerbslosenunterstützungsempfänger in der Stadt Merseburg: 444 männliche, 83 weibliche, 495 Angehörige und 850 Kurzarbeiter; im Kreise Merseburg: 1314 männliche, 237 weibliche, 1691 Angehörige und 1127 Kurzarbeiter.

Merseburg. Das Amtsblatt des Kreises Merseburg enthält in seiner neuesten Nummer Bekanntmachungen über Sicherung der Wahlversammlungen, eine viehseuchenpolizeiliche Anordnung und zwei Urteilsverkündigungen.

Merseburg. Der Vereinigte Arbeiter-Sängerchor, welcher am 2. November einen überfüllten Konzertabend veranstaltete, fühlt sich allseitigen Wünschen entsprechend veranlaßt, seinen Konzertabend am 16. November zu wiederholen. Wir verweisen auf das Inserat in heutiger Nummer.

Neu-Rössen. Schwarz-Rot-Gold. In einer kürzlich hier stattgefundenen Versammlung beleuchtete der Vorsitzende, Kamerad Heidbeck, zunächst die Aufgaben, die das Banner in nächster Zeit zu erfüllen hat. Ein schwerer Kampf steht für die kommende Wahl bevor. Die Extreme von rechts und links suchen das Reichsbanner mit allen Mitteln der Lüge und Demagogie zu schädigen. In den Wahlversammlungen soll mutig eingetreten werden für die republikanischen Ideale. Dabei sollen die Parteien, welche die Verfassung schützen möglichst Toleranz untereinander üben, um das gemeinsame höchste Ziel zu sichern. Als Schriftführer wurde Kamerad Böckel gewählt. Zur Tilgung eines Darlehns von 300 Mk. und zur Gründung eines Fahnenfonds soll allmonatlich eine Sammlung von freiwilligen Beiträgen stattfinden. Ab 1. Januar ist die Bundeszeitung durch die Post erhältlich. Sie erscheint 14tägig und kostet 80 Pf. pro Vierteljahr. Um sich gegenseitig besser kennen und verstehen zu lernen und treue Kameradschaft zu pflegen, findet Sonnabend, den 15. November, in Eißners Gasthaus zu Leuna ein geselliger Abend statt.

Mücheln. „Kamerad" Leopold, begriffen auf einer Tournee durch das Geiseltal, versammelte auch hier am Montag, dem 3. November, seine getreuen Schäflein, um sie unter Ausschluß der Oeffentlichkeit regelrecht einzuseifen, denn nur „ruhige" Elemente waren eingeladen worden, dem Rattenfänger und Minister in spe zu lauschen.

Schafstädt. Unsere erste Wählerversammlung fand am Freitag, dem 7. November, statt und war sehr gut besucht. Genosse Landtagsabgeordneter Drescher (Halle) fand mit seinen leichtverständlichen Ausführungen die größte Aufmerksamkeit und am Schlusse lebhafte Zustimmung. Eine Debatte fand nicht statt. Dagegen hatten sich vor dem Versammlungslokal eine Anzahl jüngere Mitglieder des Wehrwolfs postiert, augenscheinlich um zu zeigen, daß sie auch noch da sind, denn sonst verhielten sie sich ganz ruhig. Einen ihrer Freunde hatten sie in die Versammlung geschickt, wo er in angeheitertem Zustande eine Weile Störung machte, bis ihm mit Hinauswurf gedroht wurde.

Querfurt. Die Schupo kommt weg. Wie wir erfahren, hat das Ministerium entschieden, daß die in Querfurt stationierte Schutzpolizei endgültig am 15. Dezember zurückgezogen wird. Eine Verlängerung ihres Dortbleibens ist ausgeschlossen, da das Ministerium die Ansicht vertritt, daß die Städte ihre polizeilichen Lasten selbst tragen müssen.

Stößen. Im Zucker erstickt. In der hiesigen Zuckerfabrik geriet nachmittags beim Zuckersacken der 29jährige unverheiratete Arbeiter Franz Pfeiffer aus Stößen, vermutlich infolge Ausgleitens in einen sogenannten Absackschlot. Unglücklicherweise kam der um den Schlot lagernde Zucker in Bewegung und drückte Pfeiffer tiefer in den Schlot hinein. Die beim Zuckerpacken beschäftigten Leute befreiten unter Aufbietung aller Kraft Pfeiffer von dem über ihn gestürzten Zucker. Bedauerlicherweise war Pfeiffer aber schon erstickt.

Sangerhausen. Von der Kreissparkasse. Das vom letzten Kreistag beschlossene neue Statut der Kreissparkasse ist inzwischen genehmigt worden. Während bisher die Kreissparkasse direkt vom Kreisausschuß verwaltet wurde, übt infolgedessen jetzt ein besonderer Kreissparkassenvorstand diese Funktionen aus. Er hat sich letzthin in erster Sitzung konstituiert und besteht aus dem Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses, zwei Mitgliedern des Kreisausschusses (Gerth und Genosse Gründlich), einem Kreistagsabgeordneten (Blaß) und einem stimmberechtigten Kreisangehörigen (Sparkassendirektor a. D. Rauch, bei dessen Ausscheiden Kreisversicherungsinspektor a. D. Pollack). Der Kreissparkassendirektor ist beratendes Mitglied. Die so viel erörterte und umkämpfte „Kreisbank" bildet jetzt eine Abteilung der Kreissparkasse, da sie nur in dieser Form genehmigt wurde.

Sangerhausen. Ein bestrafter Schwätzer. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten hatte sich der Fleischer Karl Borchert aus Sangerhausen vor dem Schöffengericht in Nordhausen zu verantworten. Im Gasthof „Preußischer Hof" fand am 17. Februar ein Kostümfest statt, an dem auch der Angeklagte mit teilnahm. Bei dieser Gelegenheit trug er eine Papiermütze, welche ein Schwein darstellte. Diese Mütze brachte er in Verbindung mit dem Reichspräsidenten. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis, abwendbar durch 180 Mk. Geldstrafe und Auferlegung der Kosten des Verfahrens.

Sangerhausen. Auf dem Hundefang. Trotz der Hundesperre kann man in der Stadt noch Hunde frei umherlaufen oder an der Leine ohne Maulkorb geführt sehen. Der Landrat hat deshalb angeordnet, daß Hundefänger anzustellen sind, die alle frei umerlaufenden Hunde wegfangen. Jeder eingefangene Hund, der nicht innerhalb drei Tagen gegen Zahlung einer Gebühr eingelöst wird, wird getötet.

Bitterfeld. Mißstände im Griesheim-Werk. Wir haben uns vor kurzem mit den Zuständen in der chemischen Industrie beschäftigt, in der Annahme, daß die behördlichen Stellen sich einmal die Sache ansehen würden, aber weit gefehlt. Wir empfehlen daher dem Gewerbeaufsichtsamt heute nochmals, aber dringlicher, seinen Blick auf Werk 1 zu richten und sich mit dem Betriebsrat des Werkes in Verbindung zu setzen, aber nicht erst das Werk vom Kommen in Kenntnis zu setzen. Tatsache ist, daß die Betriebsvertretungen im Industriebezirk Bitterfeld der Gewerbeaufsicht kein Vertrauen entgegenbringen. Herr Gewerberat, ist Ihnen bekannt, daß Herr Direktor Borsbach sich diktatorisch über die Arbeitsordnung hinwegsetzt und die Pause der Schichtarbeiter eigenmächtig auf 15 Minuten herabsetzte? Weiter, daß im Hippochlorit und der Elektrolise die Arbeiter den Betrieb überhaupt nicht verlassen dürfen und ihr Brot in den dreckigen und stinkigen Betrieben verzehren müssen. Ob dies der Gesundheit dienlich ist, überlassen wir jedem denkenden Menschen. Im Phosphorbetriebe, wo die Leute trotzdem ihre Zeit innehalten, ist der Oberwächter Herr Sproß wie ein Spürhund hinterher. Etliche Leute brachte er zur Meldung, obgleich sie ihrer Pflicht genügten. Scheinbar wird die Uhr des Herrn nach dem Monde reguliert oder es kommt Herrn Sproß auf 5 Minuten nicht an. Warum wird denn in der Chloratelektrolise so viel Natronlauge gespart, daß jetzt bei erhöhter Belastung von 7000 seit Weihnachten vorigen Jahres mit einem Kesselwagen ausgekommen wird, während sonst aller Vierteljahre zwei Kesselwagen gebraucht werden? Ob dabei die Arbeiter völlig zugrunde gehen oder nicht, danach fragt man nicht. Beweis: die Krankenziffer dieses Betriebes: von 170 Beschäftigten 13 krank. Oder will man auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter erhöhten Profit herausschlagen, um die Spesen und Fahrkarten einer Generaldirektion zu decken? Wenn Herr Generaldirektor Pistor nur lediglich zu diesen Zwecken herkommt, dann wäre es an der Zeit, daß nach dem reduzierten Bestande der Belegschaften in den einzelnen Griesheimer Werken auch innerhalb der Generaldirektion an den Abbau gedacht würde. Für heute dürfte dies genügen; wir werden uns aber vorbehalten, die Mißstände in den einzelnen Betrieben zu beobachten und sie der Oeffentlichkeit bekanntzugeben.

Mühlbeck. Am Mittwoch fand hier eine von der KPD. einberufene Versammlung statt. Der angeblich aus Bitterfeld stammende Referent Seitz nahm das Dawes-Gutachten zum Zielpunkt seiner Ausführungen, besser gesagt: seines Gebrülls, denn er redete so laut vor den 25 Männeken im Vereinszimmer, als spräche er vor 2000. Schließlich landete er im alleinseligmachenden Fahrwasser einer wüsten Schimpferei gegen die SPD. Unser Genosse Behrens wies in klaren, sachlichen Worten nach, daß die KPD. wiederholt die Notwendigkeit der Erfüllungspolitik anerkannt und demgegenüber in praktischer Betätigung den Interessen von rechts Vorschub geleistet habe. Genosse Preusker beleuchtete noch eingehend die tatsächlichen Vorteile des Gutachtens und den Wahnsinn einer Ablehnungs- und Gewaltpolitik. Im Schlußwort gab der Referent Seitz zu, daß der Kommunismus in Rußland noch nicht verwirklicht, vielmehr ein eingefleischter Kapitalismus noch vorhanden sei. Mangels sachlicher Entgegnungen wurde er gegen unsere Diskussionsredner beleidigend. Sein heftiger Kampf gegen den Pazifismus hatte zur Folge, daß der Beifall so matt blieb wie die Haarmannwalze. Sein Zugeständnis, daß wir Sozialdemokraten Oberwasser hätten, paßte gar nicht zu der uns zugemessenen Bedeutungslosigkeit.

Piesteritz. Vom Zuge überfahren. Sonnabendfrüh ist am Bahnhof der in den Stickstoffwerken beschäftigte 21 Jahre alte Elektromonteur Oswald Krause, hier, Collegienstraße 62 wohnhaft, tödlich verunglückt. Kr. war früh mit dem Werkszuge 5.45 Uhr nach Piesteritz gefahren und ist vom Zuge überfahren worden. Es sind ihm beide Beine abgefahren worden. Die Leiche wurde erst gegen 7 Uhr gefunden. Wie sich der Unglücksfall zugetragen hat, muß erst noch die Untersuchung ergeben; gesehen hat denselben niemand.

Zschornewitz. Aus den Gräbern. Freitag vormittag wurden durch englische Beauftragte die in Golpa verstorbenen und auf den dortigen Friedhöfen begrabenen englischen Kriegsgefangenen aus ihren Grabstätten ausgehoben und mittels Lastauto nach dem britischen Sammelfriedhof in Berlin gebracht.

Delitzsch. Aus dem Fenster gestürzt. In einem Hause der Dübener Straße stürzte Sonnabend früh der vierjährige Sohn des Dachdeckers Rößler aus dem Fenster des zweiten Stockwerkes. Er erlitt Verletzungen am Kopf und an den Knien und wurde sofort zum Krankenhaus gebracht. Ob er weitere innere Verletzungen davongetragen hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Eilenburg. Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit umfaßte am 1. November in unserer Stadt immer noch 537 Personen, und zwar 431 männliche und 106 weibliche. Den größten Anteil an der Erwerbslosenziffer haben die ungelernten Arbeiter mit 118 und die chemischen Industriearbeiter mit 103, ihnen folgen die Schlosser mit 53, die Tischler mit 41 und dann die ungelernten Bauarbeiter mit 26, kaufmännische und Bureauangestellte waren noch 11 ohne Stellung. Die übrigen Berufe waren nur mit wenigen Arbeitslosen vertreten. Von den 106 weiblichen Erwerbslosen gehörten 103 zu den Ungelernten.

Eilenburg. Freie Volksbühne. Am Mittwoch, dem 5. November, tagte in der Aula des Lehrerseminars eine Mitgliederversammlung der Freien Volksbühne. Rektor Tschanter sprach in fesselnder Weise über „Literarische Grundströmungen". An zahlreichen Beispielen machte er die Zuhörer mit den drei Hauptgruppen der Literatur, Idealismus, Realismus und Naturalismus, bekannt, und bot so eine wertvolle Einführung in das Literaturverständnis überhaupt. An Veranstaltungen im November wurden festgelegt: am Sonntag, dem 16. Novemer, abends 8 Uhr,

---

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von **Paul Täumel** (Halle).

II. Teil.

74) (Nachdruck verboten.)

„Ich bezweifle, daß du dieses Urteil aufrechterhalten würdest, wenn du jene Zeit als Mann aus dem Volke mit durchgemacht hättest."

„Na, eine festere Führung des Staatsruders war doch vorhanden als in unserer Zeit. Jetzt geht es einmal hü und dann wieder hott, oder, wie man auch sagt: im Zickzack."

Neuringh wandte bedächtig sein Gesicht dem andern zu.

„Was dir da an der heutigen Führung der Staatsgeschäfte auffällt, ist weiter nichts, als der direkte Ausdruck unserer anarchischen, ungeregelten Wirtschaftsform. Jedes Werk, jede Industriegruppe suchte einen Abfluß ihrer Produkte, die Erweiterung des Marktes für sie auf eigene Weise. Eine Hauptrolle spielten dabei unsere Eisenindustriellen, von denen die einen ihre Augen begehrlich auf benachbarte Länder richteten und andere den Weg über das Wasser suchten. Es mag noch hinzukommen, daß viele Staatsmänner die Entwicklungstendenzen nicht richtig begreifen konnten, weil sie sich vor der ökonomischen Geschichtsauffassung grauten. Eine neue Glanzzeit wird uns nur beschieden sein, wenn wir eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform haben."

„Du hast doch für alles ein und dasselbe Heilmittel."

— — — — — — — — — — — — — — — —

Lange hielt Neuringh seine Untätigkeit wirklich nicht mehr aus. Organisation war ihm jetzt alles; Organisation, die mit ihren Zielen und ihren Mitteln in der breitesten Oeffentlichkeit wirken konnte. Er machte auch Versuche, die Kriegsverletzten zusammenzufassen, damit sie nicht ein Anhängsel der hurrapatriotischen Kriegervereine wurden. Genug, er arbeitete nach dem Rezept, das er seinem Schwager entwickelt hatte. In seinem Bezirk wurde er ein beliebter Helfer und Redner.

XIV.

Das Verhältnis zwischen dem Obermeister Riebeck und seiner Tochter war langsam das alte geworden. Monatelang hatte nichts daran erinnert, daß Hedwig jetzt Frau war. Zuweilen beobachtete sie ein triumphierendes Leuchten auf dem Gesicht ihres Vaters. Seine Arbeit mußte ihm also im Augenblick Freude machen.

Diese Beobachtung gab ihr den Mut, seit langer Zeit sich ihm mit einer Bitte zu nahen.

„Nun, es wird doch kein Vermögen kosten, was du von mir verlangst?" meinte er gutgelaunt.

„Nein, Vater! Nur ein paar Zeilen von deiner Hand und ein bißchen guten Willen, mir eine Freude zu machen."

„Na, dann schieß man los!"

„Könntest du nicht" — sie stockte schon bei diesen ersten Worten — „eine Reklamation für Franz durch die Fabrik erwirken?"

Riebecks Miene verfinsterte sich.

„Was soll das für ein Leben werden, hier zu dreien?"

„Er kann ja ruhig bei seinem Bruder wohnen."

„Warum steckt er sich hinter dich? Warum wendet er sich nicht selbst an mich?"

„Er hat mir nie einen Wunsch solcher Art geäußert und er weiß auch nichts davon, daß ich von mir aus dir mit dieser Bitte komme."

„Aber wenn er es selbst nicht will, dann können wir's doch lassen."

Hedwig drückte die Hand auf ihre Brust, als wollte sie ihr Herz beruhigen, und sagte traurig:

„Ich möchte ihn so gerne von Zeit zu Zeit sehen."

„Ich will es mir überlegen," gab Riebeck zur Antwort und kehrte sich ab. Seine abweisende Miene zeigte ihr, daß diese Worte nur ein verstecktes Nein bedeuteten. Sie begann noch einmal:

„Ich habe dir noch ein Geständnis zu machen."

„Na, was denn noch?"

„Ich — bin — guter Hoffnung!" kam es gepreßt aus Hedwigs Munde. Sie kehrte sich ab und barg ihr Gesicht in ihrem Tuch.

Lange schwieg ihr Vater. Dann wiederholte er dieselben Worte: „Ich will es mir überlegen." Weinend ging Hedwig zur Stube hinaus. — — —

Franz Neuringh war, nachdem er das Lazarett verlassen, zunächst an Land geblieben und im Werftbetriebe beschäftigt worden. Später aber kam er wieder auf Schiff.

Unauslöschlich hatte sich die Erinnerung an die vierzehn glücklichen Urlaubstage in seine Seele gebrannt. Ueberall stand jetzt noch Hedwigs liebe Gestalt vor seinem Auge. Wenn er nachts in seiner Hängematte lag, dann ließ der Gedanke an sie manchmal eine freudige Träne über seine Wange rollen und die Sehnsucht nach Wiederkehr des kurzen Glückes stand riesengroß und unüberwindlich in ihm auf.

Ein übermenschlicher Haß gegen den Krieg und alles was damit zusammenhing, wuchs in ihm auf. Immer größer und größer. Er verfluchte den Dienst, spie die See an und hätte die gepanzerten Schiffskolosse in die Luft sprengen mögen. Durfte denn überhaupt nicht von Frieden öffentlich gesprochen werden? Er ertappte sich bei dem Wunsche, der ganze Staat möge in Trümmer fallen, wenn damit der schnelle Friede herbeigeführt würde.

Eine kleine Erleichterung schien es ihm, daß die Mannschaft auf diesem Schiffe, auf das er jetzt gekommen war, sich untereinander besser verstand. Das zeigte sich in einem zwar wortarmen, aber festen Zusammenhalten.

Eines Tages waren sie von einer längeren und überaus anstrengenden Erkundigungsfahrt zurückgekehrt. Acht Tage hatte die Besatzung ununterbrochen auf Kriegswachstation gelegen und nur auf gezurrten Hängematten geschlafen. Im Hafen eingelaufen, kam der Befehl: Alle verfügbaren Mannschaften zum Kohleneinnehmen herauf! Ein jeder kannte diese furchtbare Arbeit. Empörung erfaßte die Herzen: Was war das für ein Schinderleben? Sollte denn keine Ruhestunde kommen? Keiner der Männer trat zum Kohleneinnehmen an. — — —

Sechs Wochen lang wurde das Schiff weit draußen im Jadebusen verankert. Jede Verbindung mit dem Lande wurde abgeschnitten. Post kam nicht und ging nicht ab.

In dieser Zeit war es, daß Hedwig niederkam. Ihre rührenden Briefe, ihre drängenden Telegramme blieben ohne Antwort. Angst und Sorge ließen sie in ihrer schweren Stunde nicht los. Mehrere Tage rang sie mit dem Tode.

Als endlich die über das Schiff und seine Besatzung verhängte Strafe aufgehoben wurde, erfuhr Franz erst, wie die Sachen zu Hause standen. Er hatte ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, er mußte sich demütigen, ehe er Urlaub erhielt. Der D-Zug fuhr ihm nicht schnell genug, aber endlich stieg er doch die Treppe zur Wohnung des Meisters Riebeck empor. Aengstlich klopfte ihm das Herz! Wie würde er Hedwig finden?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219241101-17/fragment/page=0006

im **Adlersaale: Heiterer Abend. Sprecher:** Gustav Herrmann (Leipzig). Eintritt für Mitglieder 50 Pfennig, Nichtmitglieder 60 Pfennig. Mittwoch, den 24. November: 2. Theatervorstellung mit „Gyges und sein Ring“ von Friedrich Hebbel. In Zukunft findet vieteljährlich eine Mitgliederversammlung statt. Die Mitgliederzahl ist augenblicklich 320. Anmeldungen werden in jeder Veranstaltung entgegengenommen.

Torgau. Kampf gegen Windmühlenflügel. Der als agrarische Ausbeuterorganisation sattsam bekannte Landbund benutzte seinen Kreisbauerntag nicht nur zur Ausbaldowerung der besten Gelegenheiten, vor den Steuerbehörden Haken zu schlagen, sondern auch zu versteckten Angriffen gegen unsere Partei und die ihr angehörenden Genossen Severing und Hörsing. Ebenso wie in Nordhausen, Elsterwerda, Bitterfeld bieten auch die mißlichen Verhältnisse bei der hiesigen Kreisspar- und Girokasse Anlaß zu durchgreifender Remedur. Statt aber in einem klaren Ueberblick der Wahrheit gemäß die mangelnde Aufsicht und und Tätigkeit des gesamten deutschnational-kommunistischen Kreisausschusses und Kuratoriums zu geißeln oder wenigstens festzustellen (seltsam, daß diese Körperschaften noch immer im Amt sind!), zog man den Landrat Dr. Drews als Karnickel bei den Haaren herbei und spritzte Gift und Galle gegen die Regierung als die Letztverantwortliche. In einer Entschließung werden die Protestlungen vollgenommen, und auch Regierungspräsident Dr. Grützner muß herhalten, weil er nicht so will, wie es nach der Nase der Krautjunker ist. — Wenn der Landbund seiner Sache so sicher ist, sollte er doch kurzerhand die als schuldig bezeichnete Staatsregierung (die den Landrat bestätigt hat) auf Schadenersatz beim Gericht verklagen. Das Ergebnis der Untersuchung wird uns lebhaft interessieren und erweisen, daß der Landbund und seine Leute in dieser Sache keine Lorbeeren pflücken können.

Falkenberg. Seid bereit! Wir machen schon heute alle unsere Parteimitglieder sowie die Wähler von Falkenberg und Umgegend darauf aufmerksam, daß am 19. November (Bußtag) der Genosse Buck (Dresden), Ministerpräsident a. D., in einer öffentlichen Wählerversammlung sprechen wird. Genosse Buck ist Mitglied des Verwaltungsrates der Reichseisenbahngesellschaft. Er ist als einziger Sozialdemokrat als Vertreter des Freistaates Sachsen im Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft. Die Versammlung dürfte daher besonders für alle Eisenbahner von großer Bedeutung sein. Da Mittwoch, der 19. November, ein Feiertag ist (Bußtag), muß die Versammlung eine Massenkundgebung der Sozialdemokratischen Partei werden.

Liebenwerda. Stadtverordnetensitzung. Für die Schaffung eines Fluchtlinienplanes für die alte Oschätzchener-, Reiß-, Haag-, Schulmeistergarten- und Stangengärtenstraße wurde der angeforderte Betrag, 700 Mk., bewilligt und die Arbeit dem Landmesser Wilke hier übertragen. Dringliche Reparaturen an den Kleinhäusern sowie bauliche Umänderungen einer Wohnung zur Unterbringung des Zollamtes wurden genehmigt, ebenso ein erheblicher Nachlaß der Erstehungskosten eines früher verkauften städtischen Hauses in der Torgauer Straße, sofern Antragsteller bewohnbare Räume in diesem schafft. Für die Fortführung der Quäkerspeisung wurden als Stadtanteil vorläufig 300 Mk. und dem Kaninchenzüchterverein 25 Mk. für Ausstellungszwecke bewilligt. Durch Beschluß bleiben in Zukunft die Stadtverordneten von den Uebungen der Pflichtfeuerwehr befreit, können also ihr Amt bei gleichzeitig stattfindender Feuerwehrübung straffrei ausüben. Ein solcher Bestrafungsfall wurde zur Kenntnis des Kollegiums gebracht. Nach Erledigung einiger weiterer kleiner Sachen wurde noch der Punkt „Sportplatz“ auf die Tagesordnung gesetzt. Die Anwendung der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist der Stadt für diesen Zweck genehmigt. Die Arbeiten sollen baldigst in Angriff genommen werden. Die Stadt hat hierbei einen 36prozentigen Anteil zu tragen und wurden zunächst 1000 Mk. bereitgestellt. Von unserer Seite wurde beantragt, auch alle sonstigen Erwerbslosen der Stadt, die der Fürsorge entbehren, ebenfalls an dieser minimalen Verdienstmöglichkeit teilnehmen zu lassen. Es sind das diejenigen, die ihren Vätern oder Angehörigen zur Last fallen. Da diese vielleicht ein geringes Grundeigentum besitzen, im übrigen aber selbst arbeitstätig sein müssen und ihre Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge entrichten, oder aber auch solche, deren Unterstützungswochen erfüllt sind. Den Sportvereinen sei aber hiermit nahegelegt, sich ebenfalls tatkräftig in diesem Werk mitzubeteiligen und nicht darauf zu warten, bis ihnen die fertige Anlage gewissermaßen als Geschenk zufällt.

Liebenwerda. Die Mitgliederversammlung der Partei am Freitag nahm einen anregenden Verlauf. Im Vordergrund des Interesses stand natürlich die bevorstehende Reichstags- und Landtagswahl, denen mit Zuversicht entgegengesehen wird. Eine rege Aussprache fand über die Listen des Bezirksparteitages zu den Parlamenten statt. Genosse Falkmeier forderte zur regen Anteilnahme bei der Wahlarbeit auf. Die Wahlversammlungen der Partei finden am 26. November mit Genossen Professor Dr Waentig und am 3. Dezember mit Genossen Schulz (Halle) statt.

Liebenwerda. Die Deutsch-demokratische Partei hielt am letzten Freitag eine Funktionärsitzung ab und wählte den Veterinärarzt Dr Grips zum Vorsitzenden des Ortsvereins. Apotheker A. Liebe, welcher den Vorsitz der Freisinnigen und späteren Demokratischen Partei seit 15 Jahren geführt hat, hatte um Entbindung von diesem Amt gebeten.

Elsterwerda. Eine Stadtverordnetensitzung findet heute abend 7 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Festsetzung einer neuen Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung. Bei einem anderen Punkt wird man auch etwas genaueres über die Verhältnisse bei der hiesigen Sparkasse erfahren.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 10. November 1924.

* **Eine öffentliche Mahnung an die säumigen Steuerpflichtigen** richtet in einer diesbezüglichen Bekanntmachung der Magistrat im heutigen amtlichen Teil, worauf wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Helbra. Eröffnung des Wahlkampfes. Donnerstag, den 13. November, beginnen wir mit dem Wahlkampfe, der uns die Befreiung bringen soll. Geht es doch bei der Arbeiterschaft um Sein oder Nichtsein. Dieser Reichstag wird die Lastenverteilung aus dem Londoner und Dawes-Gutachten vorzunehmen haben. Sorgen wir deshalb, daß die erste Wählerversammlung eine Kundgebung für Mansfeld wird. Deshalb sagen wir: der Helbraer Arbeiter muß in diesem Wahlkampfe sich selbst übertreffen. Auf in den Kampf mit der roten Fahne für Schwarz-Rot-Gold.

Hettstedt. Wo ein Hakenkreuz auftaucht, da stinkt's! Diese Worte schleuderte der Genosse Arndt dem Urgermanen Chwatal in der von uns bereits gekennzeichneten Versammlung entgegen. Wie uns ferner mitgeteilt wird, hat besondere Heiterkeit bei der Bekämpfung der Arbeiterschaft auch ein Mann in Arbeiterkluft vom Stamme Hakenkreuz aus Helbra geerntet. Den Namen werden wir bei anderer Gelegenheit nennen. Vorweg sei nur so viel gesagt, daß er während der Inflationszeit mit brechend vollen Körben und Kisten täglich auf der Reichsbahn lag. Der Volksmund nannte solche Leute Schieber! Genosse Gebühr sah im Dawes-Gutachten kein Ideal, doch habe Chwatal der Arbeiterschaft überhaupt andere Wege nicht gezeigt. Die freien Gewerkschaften kämpften ums Brot, ohne Streik erreichten sie oftmals keine Besserung. Kamerad Dette vom Reichsbanner befremdete der Unratkübel, den man in dieser Versammlung der Jugend zeigt. Bei seinen Wanderungen in der Schweiz und in Italien habe er erfahren, was die Stimme des Auslandes über Farben des Deutschen Reiches sagt. Das Ausland verwerfe die Farbe Schwarzweißrot und habe nur Vertrauen zur Fahne Schwarzrotgold. Die Kommunisten Köhler (Molmeck), Schmidt (von auswärts) und — Beyling (Burgörner) hatten gegen den nationalistischen Kapitalsknecht nicht nur nichts einzuwenden, sondern unterstrichen all das Gesagte. Das war das Hettstedter Verbrüderungsfest der Kommunisten und Völkischen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bergbaugewaltigen in Mitteldeutschland und das Koalitionsrecht der Lehrlinge.

Von **Willi Neßler** (Bockwitz).

Daß auch unsere Lehrlinge, die den Nachwuchs darstellen, nach Artikel 159 der Reichsverfassung das Koalitionsrecht besitzen, wissen leider viele Eltern noch nicht. Diese Unwissenheit nutzen die Unternehmer rigoros aus. Weil die Rechte aus der Verfassung nicht als vital in die Augen springen, verhält der Arbeiter sich vielfach gleichgültig gegen unsere Verfassung. Der Unternehmer dagegen schreit laut in seiner Presse, die Verfassung sei für ihn überhaupt nicht da. Nur wenn man auf die Jagd nach Ministersesseln geht, erkennt man auch im kapitalistischen Lager die Verfassung an. Leider vergißt der deutsche Michel all diese Feststellungen viel zu schnell. Er hat sich die Zipfelmütze bereits wieder weit über die Ohren gezogen, und man muß ordentlich an ihr zupfen, wenn man ihm einmal etwas zuraunen will von seinen Rechten und Pflichten.

Das trifft vor allem auf die Eltern der Lehrlinge zu. Werden Werbeversammlungen für die Lehrlinge abgehalten, so fehlen gewöhnlich die Eltern, weil sie sich einbilden, sie wüßten alles dies schon. So kam es denn, daß die Braunkohlen-und-Brikettindustrie-A.-G. Berlin, Betriebsdirektion Mückenberg, sämtlichen Lehrlingen einen Fragebogen und eine Lehrvertragsänderung mitgab. Im Fragebogen wurde nach der Zugehörigkeit der Lehrlinge zu den Turn- und Sportvereinen geschnüffelt. Durch die (nachträgliche!) Aenderung des Lehrvertrags wurde dem Lehrling bei Strafe sofortiger Entlassung die Zugehörigkeit zu irgendeinem Verein, Klub, Bund usw. überhaupt verboten, ebenso die Teilnahme an betriebspolitischen oder öffentlichen Versammlungen.

Unser Bemühen, die Eltern dieser Lehrlinge einmal zusammenzurufen, war vergeblich. Im August vergangenen Jahres waren es dieselben Eltern, die nicht laut genug gegen den „Verrat der Gewerkschaften“ schreien konnten. Heute nun haben sie nicht den Mut, die Unterschrift zu verweigern.

Die Verwaltung Bockwitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschritt nun den Klageweg gegen die Bubiag und verlangte Aufhebung dieses neuen Paragraphen und Feststellung der Berechtigung für Lehrlinge, an Streiks und Betriebsversammlungen teilzunehmen. Das Amtsgericht in Elsterwerda nahm die Klage an, obwohl der Vertreter des Werkes sich auf den Standpunkt stellte, daß diese Feststellung gar nicht gemacht werden könne, da ja der Lehrling noch nicht entlassen sei.

Wer nun etwa meinen sollte — es gibt solche Gutgläubigen —, daß von der Bubiag alle Turn- und Sportvereine verboten seien, der irrt sich. Dies Werk hat sich nicht nur einen eigenen Vaterländischen Verein gegründet, sondern auch einen Turn- und Sportverein, in dem sich leider auch viele Arbeiter befinden. Sonst zeigten diese sich sehr revolutionär. Und nun sollten auch die Lehrlinge hinein. Der Antrag einiger Lehrlinge, in den Arbeiter-Turn- und Sportbund gehen zu dürfen, wurde rundweg abgelehnt. Vor Gericht erklärte dazu der Vertreter und legte das auch schriftlich fest, daß in einem Zeitungsartikel über hervorragende Leistungen dieses Vereins auf einem Sportfest, und zwar in Massage- und Nacktübungen berichtet worden sei. Deshalb sind der Beklagten starke Zweifel über die Angemessenheit der Zugehörigkeit Jugendlicher zu genanntem Sportverein aufgestiegen. Wem läuft hier nicht ein Schauder über den Rücken? Nacktübungen! Dem Reinen ist alles rein; es gibt aber Leute, die jemand hinter der Tür suchen, weil — sie selber dahinter gestanden haben. Vielleicht erzählen wir ein andermal einiges aus unserer diesbezüglichen Wissenschaft. Zwei Verhandlungen waren notwendig, um der Beklagten klarzumachen, daß nicht nur nach der Reichsverfassung, sondern vor allem auch nach dem Betriebsrätegesetz der Lehrling das Recht hat, an Versammlungen teilzunehmen. Doch von dem Betriebsrätegesetz spürt man auf diesem Werk, einst eine Hochburg der KPD., jetzt eine Zentrale der „Vaterländischen“, überhaupt nichts mehr.

Und nun das Urteil, das eine grundsätzliche Klärung gibt und von allen Eltern ausgeschnitten und aufbewahrt werden sollte:

Auf die Klage wird festgestellt: „Die vom Mai 1924 datierte Aenderung zu § 4 Abs. 5 des Lehrvertrags von .... ist insoweit nichtig, als dem Kläger **die Teilnahme an belegschaftspolitischen oder öffentlichen Versammlungen und an Streiks verboten wird.** Im übrigen wird die Klage abgewiesen.“

Auf die Widerklage wird festgestellt: „Die Beklagte ist berechtigt, dem Kläger die Mitgliedschaft bei dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zu untersagen.“

Aus der Begründung wollen wir nur einige Sätze herausgreifen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind: Der Richter sagt: „Das Verbot der Teilnahme an Belegschaftsversammlungen verstößt gegen das Gesetz. Lehrlinge sind nach §§ 10 und 11 des BRG. Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes. Aus den gesamten Arbeitnehmern eines Betriebs besteht die Betriebsversammlung. Zur Teilnahme daran sind also nach dieser Vorschrift alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf das Alter befugt. Danach haben auch die Lehrlinge einen gesetzlichen Anspruch auf den Besuch der Betriebsversammlung, der ihnen durch eine Abrede oder ein Verbot nicht entzogen werden kann.

Auch das Verbot der **Teilnahme an einem Streik schlechthin,** an die die Wirkung der sofortigen Entlassung geknüpft ist, ist **mit dem öffentlichen Recht nicht vereinbar.** Die Reichsverfassung erkennt grundsätzlich das Streikrecht an. **Ist ein Lehrling, was ihm nach Artikel 159 der Verfassung nicht verboten werden kann, Mitglied einer Organisation zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen,** und beschließt diese Organisation den Streik, so würde der Lehrling, auch wenn er gegen den Streik gestimmt hätte, der sofortigen Entlassung verfallen. Insofern steht der Artikel 159 der Verfassung dem vertraglichen Streikteilnehmerverbot entgegen.

Weiter widerspricht das Verbot der Teilnahme an politischen und öffentlichen Versammlungen dem Artikel 123 der Reichsverfassung, der allen Deutschen das Recht friedlicher und unbewaffneter Versammlung gewährleistet. Nach der Literatur (Anschütz, Verf. d. DR. S. 202 f) und der Rechtsprechung (RG. in Strafsachen, Bd. 53, 52 ff., 56, 183 f.) vorherrschenden Meinung ist auch der § 17 des Reichsvereinsgesetzes, der die Teilnahme Jugendlicher an politischen Versammlungen verbot, durch mit Gesetzeskraft ausgestattete Nr. 2 des Aufrufs des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 aufgehoben worden. Danach kann im Wege privater Vereinbarungen oder kraft des väterlichen Erziehungsrechtes dem minderjährigen Lehrling das ihm verfassungsmäßig gewährte Recht nicht entzogen werden.“

Ueber die Frage des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wollen wir nur einen Satz herausgreifen, wo es heißt: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß zahlreiche organisierte Arbeiter von Sportklubs, wie dem hier fraglichen, der seine Mitglieder auch in Nacktübungen ausbildet, wegen der daraus entstehenden sittlichen Gefahren nichts wissen wollen. Steht aber nicht fest, daß der Vater des Klägers gerade eine solche sportliche Beteiligung seines Sohnes wünsche, so kann insoweit die Anfechtung nicht durchgreifen.“

Wie wir hören, hat nun der Arbeiter-Turn- und Sportbund selbst wegen dieses Entscheids die Feststellungsklage eingereicht. Man kann auf den Entscheid gespannt sein. Aus allen diesen Maßnahmen kann man erkennen, daß die Unternehmer alles heranziehen, um die Organisationen der Arbeiter in ein schlechtes Licht zu rücken. Für uns Metallarbeiter muß es jetzt aber heißen: Alle Lehrlinge hinein in Eure Berufsorganisation, damit dem Lehrherrn und vor allem den Großindustriellen und Kohlenbaronen endlich gesagt werden kann: Wenn ihr es auch mit den Alten versucht, mit den Jungen soll es euch nicht gelingen! Die Väter aber mögen Obacht geben bei Abschlüssen von Lehrverträgen, daß sie dem Lehrherrn neben der Gelegenheit zur Ausbeutung nicht auch noch die väterliche Gewalt übertragen.

Verhandlungen über die Eisenbahnerforderungen.

Auf Drängen der vertragschließenden Organisationen fanden am Sonnabendnachmittag im Reichsverkehrsministerium noch einmal Verhandlungen statt. Sie konnten jedoch aus besonderen Umständen **nicht zu Ende geführt werden.** Sie wurden um 5 Uhr vertagt und auf **Montag** verlegt. Zu irgendeinem positiven Ergebnis ist es bisher nicht gekommen.

Ein neuer Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe.

Unter Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister beauftragten Professor Brahn wurde am Sonnabendabend nach siebenstündiger Beratung für das Buchdruckgewerbe folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Der Spitzenlohn wird vom 1. November 1924 an um 6,40 Mk. auf 40 Mk. erhöht.
2. Es wird eine einmalige Sonderzahlung geleistet, die für verheiratete Männliche 8 Mk., für ledige Männer und Weibliche 6 Mk. beträgt und ab 5. Dezember zahlbar ist.
3. Dieser Lohntarif gilt bis zum 31. Januar 1925.
4. Alle Anordnungen, um Kampfhandlungen einzustellen, sind sofort zu treffen.
5. Wo Kündigungen ausgesprochen wurden, sind sie zurückzuziehen.
6. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, soweit nicht strafbare Handlungen vorliegen.
7. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

Die Aufforderung des Vorsitzenden an beide Parteien, sich sofort zu entscheiden, wurde von beiden Seiten mit einer Ablehnung des Schiedsspruches beantwortet. Der Reichsarbeitsminister erklärte den Spruch deshalb im öffentlichen Interesse sofort für verbindlich. Damit hat der Schiedsspruch Rechtskraft erlangt und muß von beiden Teilen beachtet werden.

Ein eigenartiger Schlichter.

Der staatliche Schlichter für Mitteldeutschland und die Linke-Hofmann-Werke, Lauchhammer.

Die eigenartige Haltung des mitteldeutschen Schlichters Dr. Lüttgens gegenüber den um ihre Lebensnotdurft kämpfenden Arbeitern hat uns schon mehrfach Gelegenheit gegeben, uns mit der „Objektivität“ dieses Herrn zu beschäftigen; denn wenn schon nicht Arbeiterfreundlichkeit, so doch verständnisvolle Neutralität müßte sich mit einer solchen Stellung paaren. Zuletzt brachte das Verhalten Dr. Lüttgens in der Lohnbewegung der Holzarbeiter ihn in die Spalten unserer Zeitung. Ein neuer Anlaß liegt vor.

Wie im ganzen mitteldeutschen Gebiete, so wollen auch die Linke-Hofmann-Werke in Lauchhammer die 60-Stunden-Woche einführen. Nicht einmal für den Sonnabend wollen sie eine kürzere Arbeitszeit zubilligen. Sogar die Regelung der Pausen mußte durch ein Arbeitsgericht erfolgen. Es weht ein ganz neuer Geist, seit diese Werke dem Linke-Hofmann-Konzern zugehören, allerdings ein sehr einseitiger Geist, denn die unproduktiven Kräfte hat man nicht nur nicht abgebaut, sondern sogar die alte Arbeitszeit bestehen lassen, obwohl in einer ganzen Reihe Abteilungen nur drei oder vier Tage wöchentlich gearbeitet wurde. Die Beamten haben einen freien Sonnabendnachmittag und so suchten die Arbeiter beim Arbeitsgericht für sich wenigstens dieses karge Recht nach, wenig genug bei den vielen Arbeitsstunden. Das Gericht fällte am 23. August den Spruch, daß die Arbeitszeit in der Woche um ganze 50 Minuten verkürzt wird und so am Sonnabend um 4 Uhr Feierabend ist. Aber die „humane“ Weltfirma nahm nicht einmal diesen dürftigen Spruch an, sondern erklärte vor Gericht, die Arbeiter müßten verzichten lernen, auch die Direktoren bekämen zum Teil nur noch 30 Prozent ihres früheren Gehalts. Das ist ein Blitzlicht auf die Höhe, die die Gehälter gehabt haben müssen.

Am 12. September beantragte die Belegschaft Verbindlichkeitserklärung des Spruches, worauf nach langem Schweigen am 17. Oktober telegraphisch die angemahnte Antwort kam, diese Angelegenheit müsse erst ganz genau geprüft werden, damit man niemand Unrecht tue. Dem famosen Schlichter ist offenbar selbst der hingeworfene magere Knochen leid geworden, und man weiß, welcher „definitiven“ Antwort man gewärtig sein darf, obwohl sich selbst der Gewerberat warm für diese 50 Minuten Verkürzung ins Zeug legte. Denn: der Konzern hat ja bereits auf dem Arbeitsgericht abgewinkt und Dr. Lüttgens hält sich an das Bibelwort: „Rede, Herr; dein Knecht höret!“ Seit dem 17. Oktober „untersucht“ der Schlichter im Schweiße seines Angesichts. In Riesa sitzt der Allgewaltige und reibt sich siegesgewiß die Hände. Die Arbeiter aber warten auf die Antwort. Sie wird eine Mißgeburt oder eine Totgeburt sein.

Doch gemach, es wird eine Zeit kommen, wo eine ins Riesenhafte gewachsene Organisation all dies Unrecht mit strenger Gerechtigkeit wettmachen, wo der gedrückte und zermürbte Arbeiter sich wieder selbstbewußt aufrichten wird und die falschen Führer, die in der gelben Organisation heute noch einigen Zulauf haben, abgetan sein werden. Gleiches Recht für alle! Heute fordern wir es nur. Wehe Euch Widersachern, wenn wir es einmal erzwingen werden! Arbeiterschaft, denke daran!

Bei den Schlichtungsverhandlungen für die Lohnerhöhung in der Rheinschiffahrt wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft bis Mittwoch.

Die Hafenarbeiter von Melbourne in Australien sind in den Streik getreten. Da sich die auf den Schiffen im Hafen befindlichen Seeleute mit den Streikenden solidarisch erklärt haben, ruht der gesamte Hafenbetrieb.

Sozialdemokratische Metallarbeiter. Heute abend 7½ Uhr Fraktionssitzung im Gewerkschaftshaus. Durch den Ausschluß Höckers hat sich eine derartige Situation ergeben, daß die Anwesenheit jedes einzelnen Genossen erforderlich ist. Außerdem Berichterstattung über die Lohnverhandlung.

Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinz und Sport: A. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei. e. G. m. b. H. Halle. Harz 42/44.

Vergessen Sie nicht
jeden Morgen, bevor Sie die rauhe Luft einatmen, einige
Schäfer „Ast“-Karamellen
zu nehmen, am besten mit etwas heißer Milch, Tee oder Kaffee. Hervorragende Wirkung geg. Erkältung, Husten, Halsbeschwerden, Asthma und üblen Mundgeruch.
Es kostet Sie täglich nur 10-15 Pfg.,
da ein Paket 4—5 Tage reicht.
Nur echt in Packung mit Bild von dem bekannten Naturheilkundigen und sogenannten „Wunderdoktor“ Schäfer „Ast“ aus der Lüneburger Heide.
Seit 1913 millionenfach bewährt.
Nachahmungen werden strafrechtlich verfolgt.
Erhältlich in Halle in Apotheken und in denjenigen Drogerien, wo sich Plakate mit Bild von „Schäfer Ast“ im Fenster befinden.

Lazarol-Hautcreme vorzüglich bewährt bei Hautschäden aller Art, Schweißfuß und Wundlaufen, ist und bleibt das unentbehrliche Hausmittel. Erhältlich bei Helmbold & Co., Leipziger Strasse 104, sowie in allen Apotheken und Drogerien. 11057

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219241101-17/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Die Frau als Republikanerin.

Erst durch die Revolution hat die deutsche Frau politische Rechte erhalten; sie gehört also gewissermaßen zu den „Revolutionsgewinnlern". Nur allmählich wird sie lernen, auch in der Politik die ihr gemäße Form zu bilden und inhaltlich zu erfüllen. Dabei stellt sich heraus, daß das typisch Weibliche hier nicht zur Geltung gelangt. Nur mit männlicher Denkungsweise ist es möglich, erfolgreich zu arbeiten. Dennoch ist es selbstverständlich, daß die Frau die Arbeitsgebiete besonders beachtet, welche ihrer Natur nahe liegen, also: soziale Hilfstätigkeit, Kampf für den Frieden und Ueberbrückung des Völker- und Klassenhasses. — Kirche und Gerichtssaal dienen heute nur allzuoft der politischen Hetze. Evangelische Geistliche weihen Fahnen nationalistischer Verbände, und die heutige Justiz ist in immer wiederkehrenden Fällen fast das Gegenteil einer Rechtsprechung. Ganz besonders die völkische Verhetzung treibt noch immer die schönsten Blüten. Diese Art des Kämpfens, diese Kampfmethoden, die den großen politischen Tiefstand zeigen, konnten so haßerfüllt werden, weil unter anderem der Einfluß der Frau und Mutter fehlte. Heute müssen wir ihn unbedingt geltend machen. Er kommt zum Ausdruck besonders in dem Wirken im Geiste der Völkerversöhnung, in der Arbeit innerhalb der sozialen Fürsorge und auf dem Gebiete der Jugenderziehung. Darüber hinaus aber dürfen wir die Forderung des Tages im politischen Leben nicht vergessen. Es gilt heute, alle Bestrebungen, die sich auf die Erhaltung der Republik richten, zu stärken. Ihr Bestehen gewährleistet dauernden Frieden und fortschreitende Wiederkehr von sicheren wirtschaftlichen Verhältnissen. Monarchie würde heute Krieg mit allen seinen Schrecken und Unruhe und Unsicherheit in jeder Form bedeuten. Die Republik gibt den Weg frei zur Besserung der sozialen Verhältnisse, die den kulturellen Aufstieg des Volkes im Gefolge haben. Deutschland braucht Ruhe, um Kräfte zu neuem, edlem Aufstieg zu gewinnen. Die Hetze der Kommunisten zeigt, wie weit ihre Anhänger von solchem Streben entfernt sind. Die staatsbejahenden Kräfte, welche die Verantwortung für die Führung des Staatsgefüges zu übernehmen gewillt sind, finden wir bei den Republikanern. Die Republik wird stets eine Stütze der Arbeitenden und Schaffenden sein. Sie hat der Frau den Weg zum politischen Leben geöffnet, der neue Rechte und Pflichten in sich trägt. Diese so gut wie möglich zu erfüllen, müssen wir bestrebt sein. In ihrem Frieden und ihrer kulturellen Arbeit sichert die Republik der Frau den Aufstieg aus sozialer und wirtschaftlicher Unterdrückung. Für sie einzutreten — zum Besten ihrer selbst und ihrer Familie — ist deshalb für jede Frau selbstverständliche Pflicht. C. K.

Die Vielweiberei — ein afrikanisches Bedürfnis.

Frau Anna Dundan, die Gattin eines englischen Beamten in Ostafrika, hat kürzlich ein fesselndes Buch veröffentlicht, in dem sie besonders auch die Frage der Vielweiberei bei den Eingeborenen der Kolonie behandelt. Nach den Ausführungen der sachkundigen Verfasserin ist die Vielweiberei in Afrika eine Lebensnotwendigkeit, weil hier in der Mehrzahl der Fälle die Zahl der Frauen die der Männer um mindestens 25 Prozent übersteigt. Was sollte hier werden, wenn jeder Mann nur eine Frau heiraten würde? Dank der Vielweiberei erübrigt sich eine Beantwortung der Frage. Das Leben der Frau wäre schlechterdings eine Unmöglichkeit, wenn sie nicht Gelegenheit hätte, zu heiraten, Kinder zu haben und sich im Haus wirtschaftlich zu betätigen. Die Annahme, daß die Vielweiberei zum Vorteil der Männer eingeführt sei, beruht auf einem Irrtum. Sie ist für den Mann vielmehr ein sehr fragwürdiges Vorrecht, dafür aber eine um so größere Wohltat für die Frau. Es mag gut und gern zugegeben werden, daß die gesellschaftliche Stellung und der Wunsch nach einer zahlreichen Nachkommenschaft den Mann gelegentlich bestimmt, mehrere Frauen zu nehmen. Das hindert aber nicht, daß in der Mehrzahl der Fälle die Anregung, eine zweite Frau zu nehmen, dem Mann von seiner ersten Gattin suggeriert wird. Dabei leitet die erste oder die „große Frau" durchaus nicht etwa der Wunsch, dem Mann gefällig zu sein. Hier spricht vielmehr in der Hauptsache die Absicht mit, sich von den häuslichen Arbeiten möglichst zu entlasten. Von dieser Absicht geleitet, ermutigt dann auch die zweite Frau den Mann, sich eine dritte zu nehmen, die ihrerseits wieder bemüht ist, den Mann zum Eingehen einer vierten Ehe zu bestimmen. Jede Frau besitzt ihre eigene Hütte, ihr Stück Land und ihr eigenes Vieh, so daß sie mit ihren Kindern eine halb unabhängige Familie bildet. Daher kommt es auch, daß die Kinder die Mutter mehr lieben als den Vater, daß sie sie beschützen, ihr dienen und sie, wenn es nötig ist, selbst gegen den Vater verteidigen; kurz, die Vielweiberei hindert die afrikanischen Frauen nicht, sich einer bemerkenswerten Freiheit zu erfreuen, ja, sie setzt sie oft genug selbst instand, im öffentlichen Leben eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Eine verjüngte Frau.

Der Herr Dr. Voronoff, Frankreichs berühmtester Verjüngungskünstler, hat einen Rivalen in der Person des Dr. Jaworski erhalten. Während der Leibarzt so vieler Akademiker und Senatoren die verjüngende Substanz den Affen entnimmt, bedient sich sein Kollege der einfachen Blutübertragung von einem jungen kräftigen Menschen auf die senile Person, wobei ganz bemerkenswerte Ergebnisse bereits erzielt sein sollen. Es war nun die größte literarische und gesellschaftliche Sensation, als Frau Colette, die Gattin des früheren Ministers und „Matin"-Redakteurs Henry de Jouvenel, Verfasserin vieler Romane und Schriftstellerin von hohem Rang, vor der breiten Oeffentlichkeit im Théâtre des Mathurins auftrat und die Resultate der Behandlung an sich selber schilderte. Colette führte aus, daß es eigentlich das Beispiel von Tieren war, das sie zur Operation bestimmte. Eine alte, unfruchtbare Ziege von 12 Jahren gebar nach der Kur ein kräftiges Zicklein; eine abgedankte Stute aus dem Jardin d'Acclimation ist wieder feurig und lebensmutig geworden. Die Schriftstellerin beschreibt nun ihren eigenen Zustand: Jung noch, ganz gewiß (wer erlaubte sich daran einen Zweifel!), aber durch mannigfache Sorgen und Widerwärtigkeiten des Lebens niedergedrückt, durch die Anstrengungen des mondänen Daseins entnervt, vertraute sie sich Dr. Jarowski an. Gemeinsam machten sie ein junges, starkes Mädchen ausfindig, das bereit war, ihr frisches Blut mit der Verfasserin von „Claudine" zu teilen. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen. Colette hatte ihre ganze „Euphorie" wiedergewonnen, wie sie sich ausdrückte, sie fühlt sich schaffensfreudig und jung, wie zu 20 Jahren. Das Publikum, halb aus Courtoisie, halb aus Ueberzeugung [illegible]

Die Folgen der Blutverwandtschaftsehen.

Von Dr. med. K—ky.

Schon lange wurde darüber diskutiert, ob die Inzucht schädliche Folgen habe und welche. Während man auf der einen Seite jegliche nachteilige Folgen der Inzucht leugnete, ja derselben sogar eine rassenhygienisch günstig wirkende Bedeutung zuschrieb, finden wir andererseits Literaturangaben, die der Inzucht die unheilvollsten Einflüsse in die Schuhe schieben.

Die Blutsverwandtschaftsehe, das Heiraten unter Verwandten, datiert zurück bis auf die älteste Menschen- und Kulturgeschichte. Es ist klar, daß zu Zeiten, wo es einen internationalen Verkehr noch gar nicht gab, d. h. in den prähistorischen und in den frühesten historischen Zeiten, die Völker in ihren einzelnen Stämmen und Sippen weit mehr auf sich angewiesen waren und damit auch die Heiraten bzw. Zeugungen der Volksstämme und -gruppen unter sich bei weitem häufiger waren als jetzt. So finden wir die Inzucht bei Aegyptern, Persern, Juden, andererseits bei dem ältesten amerikanischen Kulturvolk, den alten Peruanern. Noch heute gibt es Naturvölker, die Blutsverwandtschaft pflegen, angeblich ohne schädliche Folgen, wie die Araber, die Bataks auf Sumatra, die Badawis bei den Sudanesen (Schiller-Tietz). Bei dem Inkastamm war es sogar fürstliches Hausrecht, daß der Inkafürst seine leibliche Schwester heiratet. Wobei das fürstliche Geschlecht in bezug auf Kraft und Intellektualität sich besonders auszeichnete. — Aus Perserschriften der jüdischen Ueberlieferungen ist uns bekannt, daß Kinder von Verwandtschaftsehen in Persien sehr geachtet und für hohe Aemter bevorzugt waren. Bekanntlich stammte auch Kleopatra, Königin von Aegypten, aus einer Geschwisterehe.

Andererseits sind uns Völker bekannt, bei denen die Inzucht streng verboten war, und zwar schon bei den alten Chinesen. Auch bei vielen Stämmen des indischen Archipels (Makassaren) sowie bei den Bewohnern des Kaukasus ist die Inzucht streng verboten. Im Mythos mancher Völker wird vor den Schädlichkeiten der Verwandtschaftsehen direkt gewarnt. Fragt sich: warum? Sicher wußten doch die Alten, daß in der Pflanzen- und Tierwelt die Selbstbefruchtung gang und gäbe war, so daß die Annahme, sie sahen darin eine unnatürliche Handlung, nicht stichhaltig ist. Allem Anschein nach hat das Volk schlechte Erfahrungen mit solchen Ehen gemacht. Das Volk führt zum Beispiel die beim Adel nicht allzu selten vorkommende Schwachsinnigkeit ebenfalls auf Inzucht zurück. —

Wie sieht es übrigens in der Tierwelt mit der Inzucht aus? Wir sehen, daß bei höherstehenden Tieren Geschwister aus demselben Wurf untereinander Ehen — denn solche gibt es! — eingehen und Nachkommenschaft zeugen. Laurent, G. Darwin und andere zeigten, daß solche Ehen durchaus nicht schädlich sind, wenigstens nicht schädlich, wenn die Geschwister von gesunder Abstammung sind. Bekanntlich gründet sich auch die Mendelsche Regel auf Inzucht, denn sie bietet uns die einzige Möglichkeit, die Vererbung und ihre Gesetze zu studieren.

In der Tierwelt sind die Experimente der Inzucht häufig durchgeführt worden, und zwar mit positivem Resultat. Bekanntlich bedienen sich die Tierzüchter der Artenkreuzung zur Erlangung einer kräftigen Rasse. Gerade bei Rindern konnte man ein Paradigma zu der Vererbung der „Wunderblume" Gregor Mendels finden. (Bürger.) Es zeigte sich bei der künstlich erzeugten Inzucht, daß die Nachkommenschaft ausgezeichnete Eigenschaften besaß. Aber setzte man die Inzucht fort, so stellten sich bald erhebliche Nachteile und Verschlimmerungen in der Güte der Rasse ein. Die Tiere nahmen an Größe ab, verloren ihre charakteristischen Merkmale. Setzte man die Inzucht noch weiter fort, so traten gelegentlich katastrophale Zustände ein. Die reingezüchtete Tierart drohte auszusterben. Rettend wirkte nun eine Blutauffrischung, die die Eigenschaften der Rasse bei den nächsten Generationen (also keine Inzestnachkommenschaft) wieder in die Höhe brachte. Berühmt sind die Blutauffrischungen bei den Bernhardinerhunden mit dem Neufundländer gewesen. Die Inzucht lieferte bei dieser Hunderasse zunächst hervorragende Exemplare, dann büßten sie aber bei fortgesetzter Inzucht ihre Formen und Leistungen ein. Die Blutauffrischung wirkte außerordentlich vorteilhaft. (Georg Darwin.) Was tritt nun ein, wenn man das Gegenexperiment unternimmt, d. h., wenn man zwei verschiedene Arten populiert? Solche Versuche sind von Jäger und von Darwin beschrieben worden. Es zeigte sich bei großen Blutdifferenzen ein Rückschlag atavistischer Art, so z. B. bei Haustieren Neigung zur Verwilderung. Ebenfalls nahm die Fruchtbarkeit ab, mitunter bis zur Sterilität.

Kann man nun die Ergebnisse der Experimente im Tierreich auf den Menschen anführen? Selbstredend können wir beim Menschen nur beobachten, nicht aber experimentieren; und allein die Beobachtungen sind mit großen Vorbehalten zu verwerten. Wir sprachen schon oben darüber, daß bei manchen Völkern die Inzucht getrieben worden ist, ohne daß schädliche Wirkungen eintraten, bei anderen dagegen die Inzucht streng verboten war. Ich möchte noch erwähnen, daß es in Südrußland einen semitischen Volksstamm gibt — Karaimen genannt — der noch bis vor kurzem sich durch Inzucht fortpflanzte und im Sterben begriffen ist. Die näheren Ursachen dieses Aussterbens sind nicht erforscht. Man glaubt aber, die schädlichen Wirkungen der Verwandtschaftsehen annehmen zu können. —

Indessen sind die Akten im Streite für und gegen die Inzucht noch nicht geschlossen. Viele moderne Anthropologen sind sogar der Auffassung, daß große Kulturfortschritte ohne engere Inzucht bei keinem Volke möglich sind. (Kraus.) Reibmayer betont aber ausdrücklich, daß langdauernde Inzucht letzten Endes doch schädlich wirke und eine Blutauffrischung zur Erlangung ursprünglicher Leistungsfähigkeit erforderlich wäre. Der bekannte Münchener Rassenhygieniker Lenz behauptet, daß es eine besondere Art von Inzuchtschädigung gibt, die darauf beruht, daß aus unbekannten Gründen — je enger die Inzucht, desto rascher — eine Schwächung der Nachkommen und eine Verringerung der Fortpflanzungsfähigkeit bewirkt wird; aber diese Abnahme der Fruchtbarkeit geht zunächst während mehrerer Generationen schnell vor sich, um dann einen Dauerzustand zu erreichen, wo weitere Inzucht dann nicht mehr schadet.

Kurz und gut, die Meinungen sind geteilt. Jedenfalls aber bleibt die Tatsache bestehen, daß vom rassenhygienischen Standpunkt die Inzucht schlechthin keine Gefahr bedeutet. (Bumke.) Ein Volk kann durch Inzucht allein nicht zugrunde gehen, natürlich verstehen wir dabei fortgesetzte enge Inzucht. „Nur das Zusammentreffen der familiär gleichsinnig ungünstigen Erbschaftsgadres kann verhängnisvoll werden." (Stromeyer.) Das letztere leuchtet ziemlich ein. Dort, wo beide Parteien an einer gleichsinnigen vererbbaren Krankheit leiden, kann die Blutsverwandtschaftsehe verhängnisvoll werden, eventuell zum Aussterben führen. Nach diesen Gesichtspunkten richter man sich auch in der praktischen Medizin bei der Erteilung der Eheerlaubnis für Blutsverwandte. Sind aber beide Heiratslustige rassenhygienisch völlig gesund, d. h. an keiner vererbbaren Krankheit leidend, so wird der Arzt gegen die Heirat Verwandter nichts einzuwenden haben.

Im großen und ganzen ist die Schädlichkeit der Konsanguinität eine weit übertriebene. Ein Grund dieser auch in Aerztekreisen weit verbreiteten Annahme ist in den historisch falschen Ueberlieferungen zu erblicken, wie sie auch in den Gesetzgebungen der heutigen Kulturstaaten zum Ausdruck kommen. Wenn die Gesetze, wie die Capitularia legibus addenda der fränkischen Könige aus der Karolingerzeit, meinen, daß aus den Verwandtschaftsehen Blinde, Krüppel und alle Gebrechlichen hervorgehen, so ist das eben ein Aberglaube der damaligen Zeit, der eben so stark wie anderer Aberglaube (man denke an den Hexenglauben!) sich verbreitet und gleichsam dem Volke ins Blut übergegangen ist, und eben nicht mehr den heutigen Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung standhält.

Natürlich kann enge Inzucht, sogenannte Ingestzucht (unter Verwandten ersten Grades, Eltern und Kindern, Geschwistern untereinander), schädliche Wirkungen haben, wie es auch in der Tierwelt und beim Menschen beobachtet worden ist. Und deshalb läßt auch die Gesetzgebung Verwandtschaftsehen nur vom dritten Grade an, die unter oben angeführten Bedingungen keineswegs schädlich wirken, oder sagen wir vorsichtig, in dem Maße nicht schädlich wirken, wie es der Laie sich denkt, zu.

Selbstverständlich muß in der Inzuchtlehre noch viel gearbeitet und geleistet werden. Ihr Studium hängt aber eng von der Vererbungslehre ab, in der wir noch nicht allzu weit sind. Die Meinungen sind jetzt noch geteilt. —

Aber in bezug auf die Häufigkeit der Verwandtschaftsehen ist noch zu bemerken, daß unter den jetzigen Kulturvölkern die Verwandtschaftsehen nur im weiten Sinne des Wortes vorkommen, so daß über Gefahren derselben überhaupt nicht diskutiert zu werden braucht, es sei denn, daß bei einer der Parteien degenerative Erscheinungen vorhanden sind, das hat aber wiederum eine mehr praktisch-medizinische als rassenhygienische Bedeutung.

Die Psyche der weiblichen Jugend.

Die Literatur über die Psychologie des Jugendalters ist umfangreich. Aber die weibliche Psychologie recht zu erfassen, ihr bis in die Tiefen nachzuspüren, kann nur von einer Frau geleistet und vollbracht werden. Das hat Else Croner getan in einer kleinen Arbeit, betitelt: „Die Psyche der weiblichen Jugend" (Heft 966 des Friedrich-Manns-Pädagogischen-Magazin, herausgegeben von Prof. Dr. Jakob Wychgram, Langensalza 1924, H. Beyer u. Söhne). Auf wenig Buchseiten wird hier ganz außerordentlich Wertvolles über die Psyche der weiblichen Jugend mit einer Offenheit gesagt, die an Ellen Key erinnert. Else Croner gliedert die weiblichen Jugendlichen in Typen, die am Grenzgebiet verschwimmen, im Kern aber plastisch vor dem geistigen Auge des Lesers stehen. Besonders fesselt der mütterliche Typ, wie er sich im Spiel mit Puppen äußert. Ein Teil der Mädchen sieht in der Puppe die Hilflosigkeit des Kindes und nimmt sich ihrer erbarmend an, während eine andere Mädchenkategorie der Puppe gebieterisch, kommandierend gegenübertritt, sie „erziehen" will mit fast unkindlicher Festigkeit. Nicht immer sagt Else Croner etwas vollständig Neues, aber wie sie Geschautes sagt, ist bedeutungsvoll. — Man muß dies kleine, aber inhaltlich hochwertige Buch in alle Hände wünschen, die mit weiblicher Jugend in Berührung kommen. G. W.

Die Exkommunikation der Bubiköpfe. Der Eucharistische Kongreß, der dieser Tage in Mexiko stattgefunden hat, hat beschlossen, allen Frauen, die sich in auffälliger Kleidung zeigen und mit entblößten Armen und im Halsausschnitt erscheinen, den Zutritt zur Kirche zu verbieten. (!) Der Erzbischof von Mexiko verbietet außerdem noch den Geistlichen, den Frauen die Kommunion zu erteilen, die nach dem 1. Januar noch Bubiköpfe tragen. — Und wenn das Haar bis dahin noch nicht wieder nachgewachsen ist?

Ein Greis, der seine Enkelin entführt. Da sich seine Familie seinen Eheplänen feindlich gesinnt zeigte, hat der 86jährige, in Ohio lebende, verwitwete Cecil Campbell kurz entschlossen seine Herzallerliebste, das 14jährige Stieftöchterchen seiner eigenen Tochter entführt. Der alte Herr hatte kürzlich in aller Form bei seinem Schwiegersohn um die Hand seiner Tochter angehalten. In dem Glauben, daß es sich nur um einen Scherz handle, hatte dieselbe lachend den Antrag abgewiesen. Er mußte sich aber bald überzeugen, daß die Sache verzweifelt ernst gemeint war; denn er fand auf seinem Tisch einen Brief des verliebten Greises, in dem dieser unter dem Hinweis, daß er von dem jungen Mädchen nicht lassen könne, seine Absicht mitteilte, sich eine Heiratslizenz zu verschaffen. Die Polizeibehörden von Kentucky und Ohio sind zurzeit bemüht, die Spur des verschwundenen Paares zu suchen.

Weibliche Aerzte dürfen in London nicht heiraten. Der Stadtrat von London hat dieser Tage in einer Sitzung, in der die Wogen der Erregung sehr hoch gingen, beschlossen, daß die Damen, die im Besitz eines medizinischen Doktordiploms und in den städtischen Krankenhäusern angestellt sind, ihren Dienst quittieren müssen, wenn sie sich verheiraten. Obwohl der Stadtrat mit diesem Beschluß nur ein bestehendes, für die Lehrerinnen gültiges Verbot auf einen anderen Beruf ausgedehnt hat, hat diese Neuerung die Betroffenen in große Aufregung versetzt. Man zählt zurzeit 34 weibliche Aerzte, die zum Kollegium der Londoner städtischen Krankenhäuser gehören.

Der Säugling, der nicht trocken gelegt war. Als kürzlich ein Dampfer aus Stockholm ankam, fand man im Gepäck eines weiblichen Fahrgastes etwa drei Liter Spiritus versteckt, den die Zollbehörde beschlagnahmte. Sie sah sich daraufhin die gute Frau näher an. Auf dem Arm trug sie einen Säugling, der sie trotz ihres Protestes „entwickeln" mußte. Dabei stellte sich heraus, daß sie auch das unschuldige Kind nicht geschont, sondern in seinen Windeln einen ganzen Liter Alkohol versteckt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411101-17/fragment/page=0008